

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 53
35. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
31. Dezember 1927

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin S.O. 16, Am Köpenicker Park 2
Telefon: Amt Jannowitz 6246.

Gewerkschaften lassen die ledige gelbte Millimeterzeile ober
deren Namen 1,20 Mark / Arbeitervereinigungen 50 Pfennig.
Verbandsanzeigen kosten 50 Pfennig die Millimeterzeile.

Die Steuerpolitik des Bürgerblocks.

In der Steuergesetzgebung der Nachkriegszeit haben sich die gesetzgebenden Faktoren bemüht, dem Prinzip der Quellenbesteuerung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Am schärfsten ist dieses Prinzip bei der Lohnsteuer ausgeprägt. Bei jeder Lohnzahlung muß der Unternehmer den gesetzlichen Steuerbetrag abziehen und ihn der zuständigen Steuerklasse zuführen. Grundfähig ist gegen diese Methode der Steuererhebung nichts einzuwenden. Auch nicht vom Standpunkt der Steuerzahler. Wenn man schon Steuern zahlen muß, dann ist es bequemer, sie in kleinen Raten bei der Lohnzahlung abzuführen, als später einen großen Betrag auf einmal.

Das System der Lohnsteuer hat aber zur Voraussetzung, daß strenge Steuergerechtigkeit geliebt wird. Wie der Lohnsteuerpflichtige seine Steuerschuld bei Heller und Pfennig entrichtet, so müßten auch die Kreise, die von der Lohnsteuer nicht betroffen werden, ihre Steuerschuld ehrlich begleichen. Das ist aber nicht der Fall. Man könnte sagen, daß die Steuerermogelei um so stärker betrieben wird, je höher die Einkommen sind. Diese Tatsache ist allgemein bekannt, und das ist auch der Grund, weshalb sich die Besitzenden so energisch gegen das Verlangen nach Offenlegung der Steuerrollen wehren. Daher resultiert auch die Feindschaft gegen die Lohnsteuer. Man in weiten Arbeiterkreisen beobachten kann. Dem Gedankengang, daß durch die Lohnsteuer dem Arbeiter der letzte Pfennig seines Einkommens versteuert wird, während der Reiche einen Freibrief auf Steuerbetrug hat, kann eine gewisse Berechtigung nicht versagt werden.

Die besitzenden Klassen geben sich natürlich Mühe, diese Meinung zu bekämpfen und die unzufriedenen Lohnsteuerzahler zu beruhigen. Ein Vers aus diesem Glapopeia zur Einschläferung des arbeitenden Volkes ist das Gesetz vom 3. September 1925, kurzweg die Lex Brüning genannt, nach dem Zentrumsabgeordneten, auf dessen Anregung dieses Gesetz zurückzuführen ist. Es besagt, daß, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Kalendervierteljahren der Ertrag der Lohnsteuer den Betrag von 600 Millionen Mark übersteigt, die Reichsregierung verpflichtet ist, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Erhöhung des Abzuges bei kinderreichen Familien und des steuerfreien Betrages herbeiführt. Mit der Annahme dieses Gesetzes haben die Mehrheit des Reichstages und die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß aus der Lohnsteuer nicht mehr als 1200 Millionen Mark im Jahre gewonnen werden sollen. Den Lohnsteuerpflichtigen sollen keine höheren Lasten auferlegt werden. Braucht das Reich später höhere Einnahmen, dann sollen die zahlungsfähigen Kreise stärker herangezogen werden.

Ein wunderschöner Grundsatz, nur hat er den einen Fehler, daß er vom Bürgerblock und der Bürgerblockregierung in dem Augenblick verleugnet wird, wo er Bedeutung erlangen sollte. Die Voraussetzungen für die Lex Brüning waren jetzt gegeben, und die Sozialdemokraten präsentierten den Wechsel. Sie verlangten, daß der steuerfreie Betrag von 100 Mk. auf 140 Mk. monatlich heraufgesetzt werde. Das würde für die kleinen Einkommen eine fühlbare Erleichterung bringen, und die Zahl der Lohnsteuerfreien Arbeiter würde anwachsen. Dabei wäre der Jahresertrag der Lohnsteuer mit 1200 Millionen Mark geblieben. Die Reichsregierung jagte aber kein! Dieser Weg zur Herbeiführung der Steuerentlastung ist zu einfach, und er ist auch erfolgversprechend. Das hieße ja geradezu die Lex Brüning durchführen. Sie schlug also vor, den Steuerfuß in den unteren Stufen von 10 auf 9 Prozent herabzusetzen, und die steuerfreien Beträge für die Familienangehörigen zu erhöhen. Auf diesem Wege hoffte die Reichsregierung, nicht, wie die

Lex Brüning will, 1200 Millionen Mark, sondern 1300 Millionen Mark aus der Lohnsteuer herauszuholen.

Im Reichsrat, wo die Vertreter der Länderregierungen sitzen, hatte die Reichsregierung kein Glück. Die Länder beziehen einen großen Teil ihrer Einnahmen aus der vom Reich erhobenen Einkommensteuer. Sie klagen schon immer, daß sie dabei nicht hinreichend bedacht werden. Nun erwachsen den Ländern neue Ausgaben durch die beschlossene Erhöhung der Beamtengehälter. Die steigenden Erträge der Lohnsteuer kommen den Ländern sehr gelegen, sie möchten sie sich nicht kürzen lassen, und so kam es, daß die Vorlage der Regierung im Reichsrat abgelehnt wurde. Das durfte aber die Reichsregierung nicht hindern, ihre Pflicht zu erfüllen, wie sie in der Lex Brüning vorgeschrieben ist. Dagegen hatte sie aber schon verstoßen, als sie den Entwurf einbrachte, der von einem um 100 Millionen Mark höheren Ertrag der Lohnsteuer ausgeht, als es das Gesetz gestattet.

Aus dieser Verlegenheit half seinem geschäftsführenden Ausschuss der Bürgerblock. Dessen Antrag wurde zunächst im Steuerausschuss und dann auch im Plenum des Reichstages angenommen. Hiernach soll die Lohnsteuer um 15 Prozent ermäßigt werden, aber im Höchstfall um 2 Mk. im Monat. Der Reichstag und die Regierung des Bürgerblocks haben das der werktätigen Bevölkerung gegebene Versprechen schon öfters gebrochen. Feierlich, in Gesetzesform war dem arbeitenden Volke zugesagt, daß aus der Lohnsteuer nicht mehr als 1200 Millionen Mark herausgeholt werden sollten. Im Handumdrehen hat man daraus 1300 Millionen Mark gemacht, wobei die Regierungsparteien genau wissen, daß die Lohnsteuer in Wirklichkeit noch viel mehr bringen wird. Ihr Mehrertrag gegenüber den bisher gesetzlich festgelegten 1200 Millionen Mark kann auf 300 bis 400 Millionen Mark geschätzt werden. Dabei haben sie Vorsorge getroffen, daß die Lohnsteuer im Jahre 1928 nicht gesenkt werden kann, sondern eine Senkung frühestens im Jahre 1929 möglich ist.

Diese Beschlüsse des Bürgerblocks sind typisch für die Einstellung der besitzenden Klassen. Aus der werktätigen Bevölkerung, aus der Arbeiterschaft, muß so viel herausgepresst werden wie irgend möglich, um dafür die Besitzenden zu entlasten. Als wenige Tage vor der Verabschiedung dieses Gesetzes im Reichstag ein Antrag verhandelt wurde, der die Höhe der Pensionsbezüge für die Bezieher hoher Einkünfte aus anderen Quellen auf 12 000 Mk. beschränken wollte, da hat der gleiche Bürgerblock diesen Antrag abgelehnt. Da ist z. B. Herr Cuno, Reichskanzler unseligen Andenkens. Er ist nicht nur Vorsitzender des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie, sondern außerdem Vorsitzender und Mitglied von einem guten Duzend von Aufsichtsräten. Das wirft Riesensummen ab. Aber das Reich zahlt ihm dafür, daß er uns den glorreichen Ruhkrieg eingebrockt hat, eine jährliche Pension von 18 285 Mk. Das ist nur einer unter sehr vielen. Aber diesen Herrschaften ihre Pension zu kürzen, das lehnt der Bürgerblock als unmoralisch ab.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das Organ der Deutschen Volkspartei, bezeichnet den Gedanken einer Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums als „ganz abwegig, unpolitisch und unsozial“. Dadurch würden noch mehr wahlberechtigte Arbeiter steuerfrei. Für den Peiß wäre das untragbar, denn „die Realsteuern und auch die Einkommensteuern in den oberen Stufen sind bereits ins unvernünftige angepannt“. Das ist deutlich. Die Arbeiter, auch die Ärmsten, sollen gedrückt werden, um die Steuern in

den oberen Stufen ermäßigen zu können. Aus den Geldern, die von den Ärmsten erpreßt werden, macht man den Großindustriellen Geschenke, wie die 715 Millionen an die Ruhmagnaten, die sich dafür durch ihre Rebellion gegen die Reichsgesetze revanchierten. Man zahlt Riesenpensionen nicht nur an schwerreiche Aufsichtsräte, sondern auch an Butschisten, die gegen das Reich die Waffen erhoben, wie die Erhardt, Loffow und Konsorten. Das ist die soziale Politik des Bürgerblocks, die sich die Arbeiterschaft recht gut einprägen muß, um sie am Tage der Abrechnung richtig zu quittieren.

Gewerkschaftliche Kulturarbeit.

Die Bedeutung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft hat in der Nachkriegszeit eine gewaltige Steigerung und Ausdehnung erfahren. Ihre Tätigkeit ist heute nicht mehr beschränkt auf die einfache Formel von Lohnbewegungen und Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Viel mehr Kräfte sind heute zu verwenden für die Schulung und Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, für die Tätigkeit der Betriebsvertretungen, für die Einflussnahme bei der Gestaltung von sozialpolitischen Gesetzen und bei der Mitwirkung in deren Ausführung. Alle wirtschaftlichen Probleme sind heute mit der Gewerkschaftsarbeit so eng verbunden, daß man sich deren Lösung ohne die Gewerkschaften einfach nicht mehr denken kann.

Wenn auch das Unternehmertum dieser Entwicklung nur widerstrebend hat zusehen müssen, verhindern konnten sie es nicht. Erinnerung wir uns aber, daß noch im Jahre 1910 auf der Tagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller der damalige Geschäftsführer Luedtke unter dem tosenden Beifall seiner Delegierten sagen konnte:

„Gewöhnen Sie sich an den Gedanken, daß Ihnen ein fürchtbar schwerer Kampf auszuweichen wird, daß Sie, um ihn zu bestehen, gewaltige Opfer bringen müssen, und daß das Ergebnis dieses Kampfes die Niederwerfung und Zerkümmung der sozialdemokratischen und der ihnen ähnlichen Gewerkschaften sein muß. Erreichen Sie dieses Ziel, so werden Sie von den kommenden Geschlechtern gepriesen werden als die Retter des Staates und der Gesellschaft, als die Retter der hohen Kultur, deren wir uns heute rühmen.“

Stellen wir dem gegenüber die Sirenenangänge des Generaldirektors Dr. Silberberg auf der vorjährigen Tagung des Verbandes deutscher Industrieller, so können wir darin die gewaltige Wandlung erkennen. —Trotzdem bleibt aber die Tatsache bestehen, daß auch heute noch dem Unternehmertum die Gewerkschaften außerordentlich im Wege sind. Sie versuchen ja fortgesetzt und immer wieder von neuem, gelbe Werkvereine ins Leben zu rufen, um mit deren Hilfe die gewerkschaftlichen Einflüsse bei der Gestaltung besserer Lebensmöglichkeiten und kultureller Hebung der Arbeiterklasse zu brechen. Aber damit allein begnügt sich das Unternehmertum nicht. Auch in anderer Weise versuchen sie, den Einfluß der Gewerkschaften auszuschalten. Sei es durch die Herausgabe von sogenannten Werkzeitungen, deren es heute bereits über 50 in Deutschland mit einer Gesamtauflage von 300 000 gibt, oder sei es durch Errichtung von Wertsportvereinen und dergleichen Dinge mehr. Alles geschieht zu dem Zweck, die Arbeiterschaft von der gewerkschaftlichen Betätigung abzulenken. Nicht unerwähnt darf bleiben das Institut für technische Arbeitsforschung, das „Dinta“, das unter reichlicher finanzieller Unterstützung der Industrie auf diesem Gebiete bahnbrechende Arbeit leistet.

Wenn wir auch diesen Bestrebungen der Unternehmer nicht allzu große Bedeutung beimessen brauchen, so haben wir als Gewerkschaften dieser Entwicklung doch unsere Beachtung zu schenken. Somenig Einfluß zwar den Gelben und ähnlichen Gebilden in früheren Jahren beschieden war, so wenig steht diesen Bestrebungen auch heute eine Wirksamkeit in Aussicht. Diese natürliche Tatsache enthebt aber gerade uns als Gewerkschaften nicht der Verpflichtung, diesen Erscheinungen weitest gehende Aufmerksamkeit zu widmen. Hier gilt es auch für uns als Gewerkschaften, den Kampf um die Seele des Arbeiters anzunehmen und durch psychologische Verständnis der wirtschaftlichen Nöte neue Mittel und Wege zu finden, die Arbeiter immer fester an unsere Gewerkschaften zu fesseln.

Die Unternehmer haben auch schon längst das Interesse der Jugend für den Sport in feinfühligster Weise erkannt.

Sie versuchen, dieses Interesse in geschickter Weise auszunutzen durch die Grindung von Werkportvereinen. Jede Freizeit soll dabei durch die mannigfaltigsten Erscheinungen des Sportes in Anspruch genommen werden, um dadurch jedes Interesse für gewerkschaftliche, politische und kulturelle Betreibungen im Herzen des Arbeiters zu erhitzen.

Es hat keinen Zweck und bringt unsere Arbeiterbewegung keinen Schritt vorwärts, den sogenannten Sportfimmel zu gößeln, auf der anderen Seite aber untätig zu bleiben, ohne das sportliche Interesse unserer Bewegung nutzbar zu machen. Wir wissen vielmehr das Interesse für wirklichen Arbeitersport mit der gewerkschaftlichen Betätigung in ein richtiges Verhältnis zueinander zu bringen suchen. Hier gilt es vor allem, den Sport nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck zu betrachten, nämlich gesunde und kräftige Menschen zu erziehen, die auch Verständnis für den notwendigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kampf haben. Immer mehr muß die Erkenntnis durchdringen, daß jeder sporttreibende Gewerkschafter in die Arbeitersportbewegung und jeder Arbeiterführer in die Arbeitersportbewegung. Erkennen wir das und führen es systematisch durch, dann wird der Werkport und was damit zusammenhängt eine vorübergehende Erscheinung sein und bleiben, und das Unternehmertum wird um eine Erfahrung reicher werden.

Der Wunsch nach sportlicher Betätigung hat begreifliche Ursachen. Der Arbeiter, dessen Berufsarbeit durch die Mechanisierung des Arbeitsprozesses, durch Fließarbeit und Bandfließband entseelt ist, sucht zur Herstellung seines körperlichen und geistigen Gleichgewichts nach Ablenkung. Falsch ist aber die Meinung, daß dies nur und ausschließlich durch Sport geschehen kann. Gerade die Ablenkung auf das geistige Gebiet ist eine zwingende Notwendigkeit, nicht nur zur Vervollständigung des eigenen Wissens, sondern vielmehr zu dem Zweck, um der Gesamtarbeiterchaft den Aufschwung der geistigen Kultur zu ermöglichen. Wenn wir als Gewerkschaften allen unseren Aufgaben gerecht werden, dann brauchen wir geschulte Kräfte, die den Platz voll auszufüllen vermögen, auf den sie gestellt werden. Sie sozialen Versicherungszweige, die Arbeitsgerichtsbarkeit, die Betriebsvertretungen, das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ja selbst die Tarifvertragspraxis und viele andere Dinge, zu deren Durchführung die Gewerkschaften berufen sind, sind außerordentlich wichtige Aufgabengebiete in Staat und Wirtschaft, die ganze Menschen erfordern.

Hierbei machen wir eine erfreuliche Feststellung, die auch in der neueren Gesetzgebung Eingang und Wirkung gefunden hat. Der Kollektivgedanke setzt sich durch. Der einzelne tritt zurück hinter die Gesamtheit. Eine rationelle Straftatbestimmung kann nur durch organisierte Geschlossenheit erfolgen. Das ist ein Beispiel für das Kollektivrecht in der Erziehung, ebenso bei Wahlen zur Sozialversicherung.

Die Entwicklung vom Individualrecht zum Kollektivrecht ist eine Tatsache, gehören aus den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die auch das widerstandsfähigste Unternehmertum nicht aufhalten kann. Auch nicht durch gelbe Wertvereinigungen und dergleichen Gebilde. Daß durch das Kollektivrecht derjenige, der einer Gemeinschaft angehört, sich eines erhöhten Schutzes und größerer Rechte erfreut, kann nicht verwundern. Niemand ist ja gehindert, diese größeren Rechte ebenfalls in Anspruch zu nehmen durch den Beitritt zu seiner Gewerkschaft. In dieser Tatsache liegt zweifellos eine werdende Kraft. Diese werdende Kraft und gewerkschaftliche Idee, der Gemeinschaftsgedanke, muß in die Tat umgesetzt werden, muß Wirklichkeit werden, muß den vielen Unorganisierten immer wieder verständlich und klargemacht werden. Nur dadurch kommt der einzelne erst in die Lage, sich wirksam zur Gel-

tung zu bringen, sich durchzusetzen im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben.

Das ist die große kulturelle Aufgabe der Gewerkschaften, den Menschen zur Gemeinschaft zu erziehen und durch diese Gemeinschaft den einzelnen zu seinem Rechte kommen zu lassen. Je mehr die Arbeiterklasse von dieser Erkenntnis durchdrungen wird, je mehr sie in der Gewerkschaftsbewegung den Träger des ganzen sozialen und wirtschaftlichen Lebens von 20 Millionen Menschen erkennt, desto eher und wirksamer wird sie auch in der Lage sein, wirkliches Menschentum zur Tat werden zu lassen.

E. Winkler (Meiningen).

Hermann Mollenbuhr gestorben.

Am 22. Dezember ist Hermann Mollenbuhr gestorben. Ein Leben, das, ohne vorausgegangen Krankheitslager, hat das Leben dieses Mannes beendet, der sich selten einer im Dienste der Arbeiterklasse aufgeopfert hat. Mollenbuhr, der ein Alter von 76 Jahren erreicht hat, war einer der ältesten Veteranen der Arbeiterbewegung. In jungen Jahren hat er sich schon der eben im Entstehen begriffenen Arbeiterbewegung angeschlossen, und er stand in der Gewerkschaft seiner Berufsgenossen, der Zigarrenmacher, wie in dem Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bald an vorderster Stelle. An dem Einigungskongress der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zu Gotha im Jahre 1875 nahm Mollenbuhr, der damals 23 Jahre alt war, als Delegierter teil. Die Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz hat er reichlich zu kosten bekommen. Sie trieben ihn übers Meer, doch ist er bald aus Amerika zurückgekehrt, um den Kampf gegen die Verfolger fortzuführen. Im Jahre 1890 wurde er zum erstenmal in den Reichstag gewählt, dem er mit kurzen Unterbrechungen bis zum Jahre 1924 angehörte. Hier hat er sich mit ganz besonderem Eifer der Sozialpolitik gewidmet. Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung waren die Fragen, in die er sich vertiefte, und in denen er über hohe Sachkenntnis verfügte. Er hat von diesen Kenntnissen zum Wohle der Arbeiterschaft reichlich Gebrauch gemacht. Mollenbuhr war kein hinreißender Redner, er hat sich auch an theoretischen Streitigkeiten kaum beteiligt. Sein Sinn war auf das Praktische gerichtet. Aber seine Reden sicherten ihm durch ihre Beherrschung des Stoffes die Aufmerksamkeit der Zuhörer. Aus ihnen sprach stets die warme Liebe zum Volk und zu der Arbeiterschaft. Die gleiche Sympathie brachten ihm auch die Massen entgegen. Die Erinnerung an Hermann Mollenbuhr wird in der deutschen Arbeiterschaft fortleben.

Wirtschaftliches Bauen.

In der Zeit vom 27. bis 29. November tagte in Berlin das Parlament der Bauhüttenleute. Im Mittelpunkt seiner Verhandlungen stand die Einführung der wirtschaftlichen Betriebsführung bei allen dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossenen Betrieben. Diesem Zwecke dienen auch die Nummern 22 und 23 der „Sozialen Bauwirtschaft“. (Vierteljährlich 6 Hefte, Bezugsgebühr 3 Mk., für Gewerkschafter 1,50 Mk.) Hest 22 enthält unter Beigabe einer Fülle von Abbildungen eine Reihe von Aufsätzen über das wirtschaftliche Bauen in Amerika. In diesem reichen Lande beschäftigen sich sowohl die Regierung als auch die Volkswirte und Baufachleute ununterbrochen mit der Beseitigung der Verlustquellen, die ihre Ursache in unrationeller Arbeitsweise und in fehlerhaften technischen und kaufmännischen Dispositionen haben, um auf Grund der erworbenen Erkenntnisse eine bessere Organisation zum erfolgreicherem und billigerem Bauen zu schaffen.

Das Hest 23 enthält etwa 20 Aufsätze, in denen für die Bauhüttenbewegung wichtige organisatorische und betriebstechnische Anregungen gegeben werden. Auch das Gebiet der

wirtschaftlichen Bildung wird behandelt. Das soeben erschienene Hest 24 bringt dann einen ausführlichen Bericht vom Sechsten Deutschen Bauhüttenkongress unter eingehender Wiederholung der Reden Ellingers über den Stand der Bauhüttenbewegung, Astors über die Wohnungsbaufinanzierung, des Dipl.-Ing. Rode über die Entwicklung der wirtschaftlichen Betriebsführung in den Bauhütten und des Bezirksleiters Hermann über das Bildungswesen im Verband sozialer Baubetriebe. Die drei Nummern bilden eine Einheit. Sie geben ein gutes Bild von dem heutigen Stande der Bauhüttenbewegung. Gleichzeitig zeigen sie die ernsthaften Bestrebungen des Verbandes sozialer Baubetriebe, durch eine Umgestaltung des bauwirtschaftlichen Arbeitsvorganges unter Schonung der menschlichen Arbeitskraft das Bauen zur Erzielung von tragbaren Mieten für den Arbeiter und Angestellten zu verbilligen, durch diese Maßnahmen den Bauhütten eine Vorrangstellung den Privatbetrieben gegenüber zu schaffen und so die Erreichung des Endzieles, die Gemeinwirtschaft im Bau- und Wohnungswesen, anzubahnen.

Arbeiterrechtliches aus dem Saargebiet.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Unsere Kollegen im Reich haben berechtigten Grund zur Klage über den Inhalt und die Handhabung der arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen, hier im Saargebiet wären wir aber hellfro, wenn wir so weit wären. Unsere hohe Regierungskommission mit all ihren Einrichtungen: Arbeitsamt und Arbeitskammer, klammert sich immer noch an die alten Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes aus der Kriegszeit. Statt Betriebsräte haben wir Arbeiterausschüsse. Das Gesetz befragt darüber folgendes: „In allen für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben, für die Titel VII der Gewerbeordnung gilt, und in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt werden, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen.“ Jergendwelchen gesetzlichen Schutz oder Rücksicht haben aber diese Ausschüsse nicht. Wohl steht etwas von Schutz auf dem Papier, das ist aber auch alles; in der Praxis ist der Schutz gleich Null. Ähnlich liegen die Verhältnisse in tarifvertraglicher Hinsicht. Einem Schutz des Tarifrechtes kann man an den saarländischen Gewergerichten nicht. Es gilt nur der individuelle Arbeitsvertrag. Ein klagbares Recht auf Zahlung von Tariflöhnen, Überstundenzuschlägen, Montagegeldern oder Anerkennung von Ferien usw. besteht nur, wenn der Arbeiter bei der Einstellung darauf aufmerksam macht, daß er nur unter tariflichen Verhältnissen arbeitet.

Das Schlichtungswesen ist grotesk in seinem ganzen Aufbau. Ein Verfahren kann nur anhängig gemacht werden, wenn beide Parteien ihr Einverständnis erklären. Kommt es trotzdem glücklich zu einem Schiedspruch, dann ist jede Partei in der Lage, den Spruch abzulehnen, ohne daß die Rechtsverbindlichkeit beantragt oder ausgesprochen werden kann. Die Auswirkung dieser Zustände ist, daß die Unternehmer den Verhandlungen am Schlichtungsausschuss ausweichen und einen gefällten Schiedspruch einfach ablehnen. Ein Beispiel dafür war der Ende November d. J. ausgebrochene Streit in der Schweißindustrie mit etwa 20 000 Arbeitern. Der Schlichtungsausschuss hatte für die Arbeiter eine sechsprozentige Erhöhung der Grundlöhne ausgesprochen. Trotzdem der Schiedspruch einstimmig gefällt wurde, lehnten ihn die Industriebarone ab. Nach 4 Tagen Streit erklärte die Regierungskommission, obwohl sie keinerlei Recht dazu besaß, den Spruch für verbindlich und diktierte weiter, daß das Lohnabkommen bis zum 31. März läuft. Trotzdem die Regierungskommission die Schlichtungsverordnung des Reiches dauernd ablehnt; hat sie hier durch ein Dekret diese Sache praktisch anerkannt.

Der Arbeitszeitverordnung der Regierungskommission vom Jahre 1925 liegt das Washingtoner Abkommen zu-

Die Technik in hundert Jahren.

Von Anton Lübbe.

Mit einer bestimmten Zielperspektive vorauszusagen, was die Technik in Zukunft sein wird, ist gegenwärtig noch nicht möglich. Aber die Wissenschaft, die sich heute mit Planmäßigkeit in all ihrem Wissen des Experimentes bedient, um dadurch feste Verbesserungen zuwege zu bringen, hat es in der Naturbeherrschung so weit gebracht, daß sie sagen kann, unter den und den Bedingungen wird sich in der Technik und im menschlichen Gemeinschaftsleben dieser oder jener Erfolg erzielen lassen. Aber wir müssen auch hier wieder das, was gewesen ist, zu Rate ziehen, um von ihm auf das, was werden wird, schließen zu können.

An Hand des Gegenwärtigen und der Dinge, die wir heute schon als Reim sehen, können wir uns eine Vorstellung machen, wie es sein wird, wenn die Technik ihren Impuls in vollem Maße ausgewirkt hat und wir noch keiser in das Reich der Materie eingedrungen sind. Aus dem Agrarzeitalter, dessen Leben schmuckhaft dahinsiegt, erwuchs die neue Technik, ungetrieben durch die Gezeiten jagt. Innerhalb weniger Jahrzehnte wuchs im Weltreich der Technik ein Rhythmus von so gewaltigem Ausmaß, wie es die Weltgeschichte nie sah. Ungeheurer Verkehr durchbrauste die Straßen, in rasender Eile durchfahren die Züge das Land und die Ozeane die Weltmeere. Bald wurde dem ungeheuren Verkehr die Erdoberfläche zu klein, die Millionenstädte konnten den gewaltigen Verkehr in den Straßen nicht mehr bewältigen. Untergrund- und Hochbahnen, Luftschiff und Flugzeug, Auto, Radio und Fernseher traten jetzt in Aktion und verkündeten ein neues Zeitalter des Verkehrs, dessen tiefes Wachstum kein Ende nehmen will. Ungeheurer ist die Beschleunigung des Wirtschaftslebens an

die Quelle der Energien. Die Feststellungen, welche die ernste Wissenschaft seit Jahrzehnten über die Kohöpfung von Kohle und Erdöl anstellt, sind eine Art Katzenjammer gegenüber dem grenzenlosen Übermut von Verkehr, Chemie und Technik, deren Erfindungen, Verbesserungen und sinnloser Verbrauch an Rohstoffen ins Ungemessene gestiegen ist. Mit aller Deutlichkeit sehen wir heute, daß wir immer mehr in das technische Zeitalter hineinwachsen, in dem sich auch die Fähigkeiten und das Suchen des Menschen ausweiten, aus den Naturkräften eine größere zusätzliche Kraft zu den Kräften der Maschinen zu erhalten. Alle Verbesserungen an Maschinen bedeuteten ja nichts, wenn nicht die Kraft vorhanden wäre, welche sie in Umlauf versetzt. Die zusätzliche Kraft, ihre Erhaltung und ihre jeweilige Steigerung ist das Wesentliche unserer beginnenden großtechnischen Kultur. Mit ihr steht und fällt unsere Kultur. Deshalb sind das eifrig Suchen nach neuen Kraftquellen, die Angst um das Nachlassen der bisherigen Kraftquellen und die Sorge um die bis ins Ungemessene sich steigerrnde Industriekultur verständlich.

Wenn man sich ein Bild machen will von den Dingen, die in hundert Jahren den Menschen zur Verfügung stehen werden, dann darf man nicht jene Phantasien zu Rate ziehen, die in Dutzenden von Romanen der letzten Jahre zusammengedacht wurden. Was in Zukunft werden wird, trägt den Keim des Werdens schon heute in sich. Das kommende Zeitalter wird das Zeitalter der Elektrizität sein oder vielleicht neuer unterforschter Ströme, die uns Energien geben in viel intensiverem Maße als bisher durch Kohle, Öl und Wasser. Alles deutet darauf hin, daß in den kommenden Jahren die Kohle vollkommen als direktes Verbrennungsprodukt ausgeschaltet wird oder in ganz anderer Form dem Wirtschaftsleben gegeben wird. Wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung. Die großen Wasserkraftwerke, die verschiedenen

Erfindungen, Energien aus der Luft, dem Winde, der Erfindung des Erdinneren, den Meereswellen, aus Ebbe und Flut, der Sonne durch Sonnenkraftmaschinen, durch künstliche Schaffung von Kohle aus Pflanzen und Holz, durch die Umwertung des Wassers in Autobrennstoff durch Katalysatoren, durch die Gewinnung von Öl aus Wasser und Luft, das alles eröffnet für das Wirtschaftsleben Perspektiven von einer Fernzeit, deren Ende wir gar nicht absehen können. Die verschiedensten Ansätze, die wir auf dem Gebiet des Städtebaues, der Straßenanlagen, der Bauweise der Häuser, der Regelung des Verkehrs haben, deuten schon darauf hin, daß das Bild des Lebens, des Verkehrs, der Städte, der Straßen in hundert Jahren vollkommen verändert sein wird.

Wie wundervoll wird ein solches Zeitalter sein, wo der Mensch nicht mehr in mühsamer Arbeit die Kohle aus der Erde herauszuholen braucht, wo ihm die bequeme elektrische Maschine, angetrieben durch die verschiedensten Naturkräfte, alle Handreichungen tun wird. In unserem engen Wirkungskreis wird sich alles von Grund auf verändert haben durch die neuen Kraftquellen. Im Haushalt, im Bureau, in der Werkstätte wird die mechanische Kraft dem Menschen ihre Dienste geben. Die Arbeit der Hausfrau wird nunmehr auf ein ganz geringes Maß zurückgebracht sein. Elektrische Ofen, Ferngas- oder Fernheizwerke werden jetzt unsere Wohnungen behaglich erwärmen. Schon heute sieht man in den Kohlengebieten die Errichtung von großen Ferngasleitungen und Fernheizwerken, die das Einzelheizen der Wohnhäuser beseitigen und damit Kohlen, Anfuhrkosten für Kohle, Lagerung der Kohle und Abfuhr der Asche ersparen. Große Kraftzentralen, die durch Wasser, durch Erdwärme, durch atmosphärische Elektrizität oder durch neue Ströme, die man aus Radium oder der Zertrümmerung der Atome gewinnt, versorgen in Zukunft die Städte verschwenderisch

grunde. Das wäre an sich eine gute Sache, aber der Pferdefuß kommt in folgender Übergangsbestimmung zum Vorschein: „Für die in Betrieben oder in Betriebsteilen beschäftigten Personen bleibt in den Fällen, in denen bei Erlass dieser Verordnung die Arbeitszeit abweichend von dieser Verordnung festgesetzt war, die bereits bestehende Arbeitszeit bis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung bestehen.“

So harmlos, wie diese Bestimmung ausieht, so bedeutet sie aber für den Unternehmer, daß er jederzeit durch diese Masche durchschlüpfen kann. Wenn z. B. vor Erlass dieser Verordnung in einem Betrieb regelmäßig Überstunden geleistet oder, wie im Saarlouiser Holzgewerbe, vorher 10 Stunden gearbeitet wurde, so gilt in beiden Fällen die Übergangsbestimmung.

Die Arbeitsvermittlung und im Zusammenhang damit die Arbeitslosenfürsorge sind ein Kapitel der reinsten Willkür. Jeder Arbeitsnachweis (eine Zentralisation haben wir auf dem Gebiete nicht) arbeitet nach seinem eigenen Schema. Zur Grundlage dienen auch die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes. Die Regel ist, daß jeder Arbeitslose, der Unterstützung beziehen will, eine Entlassungsbefcheinigung von seinem letzten Arbeitsplatz bringt, daß er wegen Arbeitsmangels entlassen ist. Diese Befcheinigung muß sich mindestens auf die letzten 3 Monate erstrecken, bzw. er muß 3 Monate im Jahr ununterbrochen gearbeitet haben. Dem Arbeitslosen wird sehr oft Arbeit angewiesen im Bergbau und in Glättenbetrieben als Kokschipper. Weigert er sich, diese Arbeit anzunehmen, so geht er seiner Unterstützung verlustig. Hierbei bleibt es gleichgültig, was für einen Verlust er vorher ausgetilgt hat. Die Unterstützungssätze selbst sind sehr gering: Ledige Arbeiter pro Woche 20,40 bis 20,40 Frank, in Mark umgerechnet etwa 3,50 bis 4,80 M. Ein Verheirateter kommt auf 40,80 Frank und für jedes Kind 13,50 Frank, umgerechnet in Mark gleich 8 M., mit 3 Kindern etwa 15 M. Gemessen an den reichsdeutschen Sätzen sind diese Beträge sehr gering.

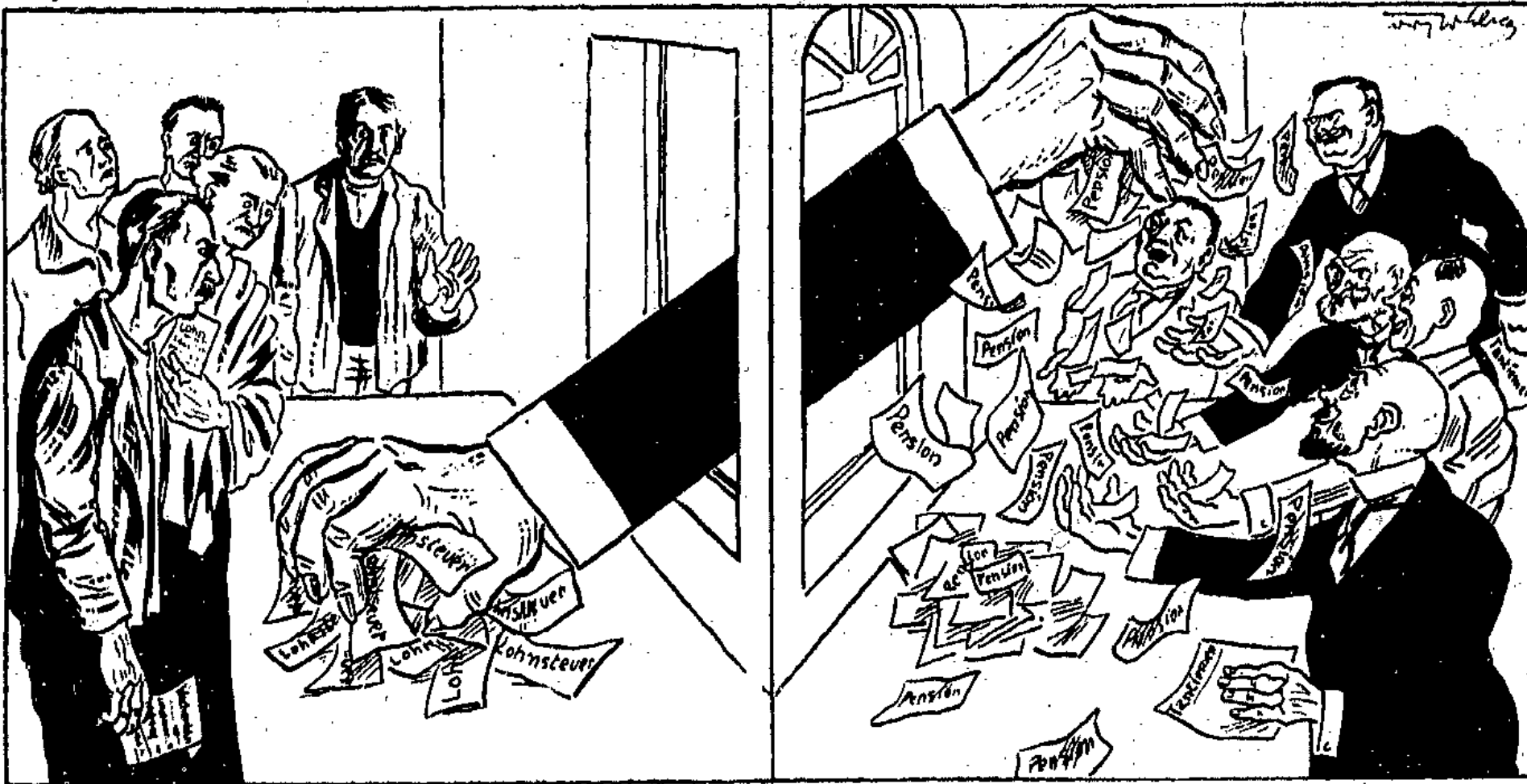
In der Arbeitskammer wird seit Monaten darüber beraten, die Schlichtungsordnung vom Reich und die Unabhängigkeit der Tarifbestimmungen zu übernehmen. Daß sich die hiesigen Unternehmer dagegen mit allen Mitteln stemmen, ist nur zu begreiflich. Wir können auch vorerst nicht gut glauben, daß beides so bald im Saargebiet eingeführt wird.

Die Präsidenten der Landesarbeitsämter.

Der Reichspräsident hat nach Benehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und den obersten Landesbehörden und Arbeitslosen der Landesarbeitsämter ernannt: 1. für den Bezirk Ostpreußen Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium G a s n e r, 2. für den Bezirk Schlesien Landesrat G ä r t n e r, 3. für den Bezirk Brandenburg Stadtrat B r ü h l, 4. für den Bezirk Pommern Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium R e t s c h m a n n, 5. für den Bezirk Nordmark Ministerialrat im Reichs-

wirtschaftsministerium Dr. S j o e b e r g, 6. für den Bezirk Niedersachsen den Präsidenten der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt in Bremen, Dr. L i n k, 7. für den Bezirk Westfalen den Direktor des Landesarbeitsamts Westfalen, Dr. O r d e m a n n, 8. für den Bezirk Rheinland Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium M i s s o n g, 9. für den Bezirk Hessen den badischen Arbeitsminister a. D. Dr. E n g l e r, 10. für den Bezirk Mitteldeutschland den Abteilungspräsidenten im Landesfinanzamt Berlin, Dr. L ö b l i c h, 11. für den Bezirk Sachsen den Amts-

Bürgerblutpolitik.



hauptmann Dr. S c h u l z e, 12. für den Bezirk Bayern den Ministerialdirigenten im Reichsarbeitsministerium, Geh. Reg.-Rat. K e r s c h e n s t e i n e r, 13. für den Bezirk Südwestdeutschland Ministerialrat im württembergischen Wirtschaftsministerium K a e l i n.

Deutschland als größter Schiffsbaumeister.

Für den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands, der sich trotz aller Hemmungen durchsetzt, kann nichts bezeichnender sein als die Tatsache, daß das Land, das nach dem Verlust seiner gesamten Hochsee-Handelsflotte zu Anfang 1920 unter den seefahrenden Völkern an letzter Stelle stand, heute wieder der größte Schiffsbaumeister der Welt ist. Das zeigen folgende eindrucksvolle Zahlen: Die H a m b u r g - A m e r i k a - L i n i e, die zwar ihren Vorkriegsbestand von 1102 000 Tonnen, noch nicht wieder erreicht hat, marschiert doch schon wieder an der Spitze aller Reedereien. Zu Ende 1926 betrug die Tonnage der führenden Reedereien in Brutto-Registertonnen folgende Werte: Hamburg-Amerika-Linie 879 000, British India Steam Co. 759 000, Furness Withy Co. 698 000, Ellerman Lines 623 000, Norddeutscher Lloyd 613 000, Peninsular u. Orient Line 600 000, Compagnie générale transatlantique 523 000, Cunard Line 445 000. Der N o r d - d e u t s c h e L l o y d, der vor dem Kriege mit 753 000 Tonnen die zweitgrößte Reederei der Welt war, wird in nicht allzu langer Zeit wieder die dritte, vielleicht sogar die zweite Stelle einnehmen; er hat zurzeit nicht weniger als 165 000 Tonnen im Bau und dürfte spätestens 1929 770 000 Tonnen erreicht haben. Unter diesen Neubauten des Lloyd befinden sich zwei Riesenschiffe von je 46 000 Tonnen, die die Namen „Europa“ und „Bremen“ tragen werden. Schon jetzt ist der Lloyd der

Besitzer des größten deutschen Fahrgastdampfers, des „Columbus“, mit 32 354 Tonnen, des einzigen deutschen Schiffes, das gegenwärtig über 21 000 Tonnen hinausgeht, während es das größte Fahrzeug der „Hapag“, der „Albert Ballin“, nur auf 20 815 Tonnen bringt.

Die größten deutschen Schiffe sind ja bekanntlich auch schon vor dem Kriege auf deutschen Werften erbaut worden, wenn sie auch jetzt unter englischer und amerikanischer Flagge fahren. Diese größten Schiffe sind der heute der englischen White Star Line gehörende „Bismarck“, der „Majestic“ heißt, mit 58 551 Tonnen, die der amerikanischen United States Line übergebene „Waterland“, jetzt „Leviathan“, mit 54 822 Tonnen und der in den Besitz der englischen Cunard Line übergegangene „Imperator“, jetzt „Berengaria“, mit 52 228 Tonnen. Dann erst kommen die englischen Schiffe „Olympic“ (46 439 Tonnen) und „Aquitania“ (45 647 Tonnen), der französische Dampfer „Paris“ (36 558 Tonnen). An siebenter Stelle erst steht wieder ein deutsches Schiff, der der englischen White Star Line ausgelieferte „Columbus“, jetzt „Someria“, mit 34 356 Tonnen, und ihm folgt der neue deutsche „Columbus“ des Norddeutschen Lloyd mit 32 354 Tonnen, während das letzte der neun Schiffe von mehr als 30 000 Tonnen, die gegenwärtig das Meer befahren, die „Mauretania“ der Cunard Line mit 30 704 Tonnen ist.

In nächster Zeit werden die beiden neuen Lloyd-Dampfer „Europa“ und „Bremen“ an die fünfte und sechste Stelle treten und außerdem werden noch ein französisches und ein italienisches Schiff dieser Klasse gebaut, so daß es in etwa zwei Jahren 13 Schiffe mit über 30 000 Tonnen geben wird. Das schnellste unter diesen großen Schiffen ist die „Mauretania“, die zusammen mit ihrem untergegangenen Schwesterschiff „Lusitania“ aus sportlichen Gründen mit staatlicher Unterstützung für eine Rekordgeschwindigkeit gebaut wurde und in der Stunde 25,5 Knoten (etwa 47,5 Kilometer) fährt, während sich die deutschen Riesendampfer mit einer Geschwindigkeit von 23 bis 24 Knoten in der Stunde begnügen.

Die Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, hielt am 29. November eine außerordentliche Generalversammlung ab, die vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats, H. Seipart, geleitet wurde. Auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat wurde beschlossen, das Aktienkapital, das bisher 500 000 M. betrug, um 2 Millionen auf 2,5 Millionen zu erhöhen. Die neuen Aktien im Betrage von 2 Millionen Mark werden je zur Hälfte von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine für die genossenschaftlichen und von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die gewerkschaftlichen Aktionäre übernommen und zu 25 Prozent bar eingezahlt.

Die Volksfürsorge erfreut sich eines steigenden Vertrauens. Im Monat November sind bei ihr 36 029 Versicherungsanträge eingegangen. Das ist seit Bestehen des Unternehmens das höchste Monatsergebnis. Insgesamt hat die Volksfürsorge die erste Million Versicherungen erreicht.

mit Kraft. Längst fährt kein Kohlenzug oder Kohlenschleppbahn mehr. Die Kohle wird jetzt an Ort und Stelle der Gewinnung rentabel zu Öl, Gas und anderen Nebenprodukten umgearbeitet dank der Erfindung, die man schon im Jahre 1926 in ihren ersten Ansätzen sah.

Auch unsere Wohnverhältnisse haben sich vollkommen geändert. In den Großstädten ist man immer mehr dazu übergegangen, von der vertikalen Bauweise zur horizontalen überzugehen, auch für Wohnzwecke. Dadurch ist es möglich geworden, dem zunehmenden Verkehr ein größeres Feld zu geben und vor allem die Wohnräume luftig und vom Geräusch der Straße fern einzurichten. In diesen Wohnhochhäusern, die von schönen Gartenanlagen umgeben sind, befinden sich große Festäle zur Abhaltung von Familienfestlichkeiten, Sportplätze und Sonnenbäder befinden sich auf breiten Dächern und großen Balkonen. Die unteren Etagen münden in Untergrundbahnstationen, Caragen für Autos sind in den unteren Stockwerken angebracht, die den Hausbewohnern zur Verfügung stehen. Diese Wohnungen werden mit neuem Licht ausgestattet sein, das dem des Tageslichtes ähnlich ist. Die Fenster sind jetzt aus Quarzglas hergestellt, die das ultraviolette Licht durchlassen, was bei den heutigen Scheiben nicht möglich ist.

Auch in unserer Industrie haben wir merkwürdige Ansätze von Entwicklungen, auf Grund deren wir heute schon ahnen können, wie sie sich in Hundert Jahren gestalten werden. In den heute noch schwarzen Industriegebieten wird in hundert Jahren kein Schornstein mehr rauchen. Alles ist jetzt schön und klar. Grüne Anlagen werden in den heute noch von Rauch und Ruß umdüsterten Industriegebieten den Aufenthalt zu einer Lust machen. Siebereien, Schmieden, Hochöfen, Schornsteine und sonstige Feuerstellen sind jetzt verschwunden, denn die Chemie und die Elektrizität zerlegen jetzt Eisen, formen Stahl und machen Kessel aus der einfachsten

Weise. Die Menschheit wird in das Zeitalter des Leichtmetalls gekommen sein. Schon heute baut man Flugzeuge und Luftschiffe aus dem dem Stahl ebenbürtigen Duralumin.

Wie wird es in unseren Städten aussehen? Mittelpunkt der Städte werden jetzt die rauchlosen Industrien, die Untergrundbahnhöfe und Flughäfen sein. Der gesamte Wagenverkehr spielt sich unterirdisch ab. Große Tunnelssysteme durchschneiden die Städte, durch welche in rasender Eile die aus Leichtmetall gebauten Züge einleisig oder an Hängebahnen fahren. Autos jagen jetzt durch besondere Kanäle ihrem Ziele zu. Sie verpesten nun nicht mehr durch schädliche Benzindämpfe die Luft, denn sie werden entweder durch elektrische Kraft, die in leichten und kleinen Akkumulatoren aufgespeichert ist, oder mittels Katalysatoren in Gas zerlegtes Wasser betrieben werden.

Flugzeuge, mehrere hunderttausend Tonnen schwer, die Hunderte von Passagieren tragen können, durchlaufen jetzt spielend die Lüfte und tragen den Reisenden in ungeheuren Höhen binnen wenigen Stunden über den Ozean in ferne Länder. Heute hat man schon Stundengeschwindigkeiten von 500 Kilometer fertiggemacht und Höhen bis zu 12 000 Meter erreicht. Die Technik ist unablässig bemüht, in dieser Hinsicht auf neue Ideen zu kommen. Erinnert sei an das Raketenraumschiff ohne Propeller, das der Münchener Ingenieur Ballier anstrebt, mit dem man in 50 000 Meter Höhe binnen 93 Stunden von Berlin nach Neuyork fliegen könnte.

Man wird mittels elektrischer Fernsicher die Vorgänge auf dem Erdball betrachten können. Fernschämter vermitteln die Verbindung, wie man es heute mittels Telephon erreicht. Das drahtlose Kino ist längst zur Tatsache geworden. Drahtlose Telephone gehören in hundert Jahren zur Selbstverständlichkeit. Mittlerweile ist die Kurzwellentechnik so weit ausgebaut, daß der Draht überflüssig geworden ist. Schon heute weiß man, daß Sendestationen, wenn sie einen

Unterschied von 10 000 Frequenzen haben, sich gegenseitig nicht mehr stören. Die Papierzeitung ist in dieser Zeit überflüssig geworden, denn Radio überträgt dann in jedes Haus lebendes Bild, Schrift, Musik, Theater und alles, was uns heute der tote Buchstabe auf dem Papier übermittelt.

Die Ernten werden dann nicht mehr durch natürlichen und künstlichen Dünger gedüngt, sondern durch Elektrizität. Schon heute hat man die Elektrokultur, mittels der man durch Zuleitung atmosphärischer Elektrizität in den Acker hohe Ernten erzielt hat, in einer Reihe landwirtschaftlicher Versuchstationen erprobt. Da mittlerweile die Zahl der Menschen um ein ungeheures zugenommen hat, sind die Bölder dazu übergegangen, die Wälder zu bewässern und sie fruchtbar zu machen. Große Maschinen, die durch Sonnenwärme betrieben werden, pumpen jetzt das Wasser der Meere auf dürres Land und verwandeln es in fruchtbares Ackerland. Erstliche Bestrebungen in dieser Hinsicht sind gegenwärtig schon von Kolonialvölkern im Gange. Vielleicht wird es uns mittels der Elektrizität auch möglich sein, das Wetter zu beeinflussen.

Mit einer gewissen Angst wird man all dieser Bervollkommnung entgegensehen angesichts der Tragik, die heute durch die Maschine über die Völker gekommen ist. Hätten wir nicht die große Gewißheit, daß es der ewige Gang im Schicksal des Menschen ist, daß sich alles wandeln muß, daß steter Fortschritt, Verbesserungen und Bervollkommnungen seine Begleiter sind, um sein Erdenlos zu bessern, müßte uns grauen vor dem Kommenden. Nur wenn wir auch den inneren Menschen nicht außer acht lassen, ist der Fortschritt uns gewiß, nur das Seelische ist auch der Fortschritt des Technischen, ohne dieses kämen wir in ein Chaos und in einen Irrgarten, aus dem herauszufinden es der Menschheit eines Tages sehr schwer fallen würde.



Aus dem Verbandsleben



Unsere Gauvorsteher.

„Der Gauvorsteher hat die Aufgabe, nach Verständigung mit dem Vorstandsvorstand die Agitation für den Verband in seinem Gau zu betreiben, ferner bei Lohnbewegungen die Interessen des Verbandes zu wahren, dem Vorstandsvorstand auf dessen Ansuchen sowie aus eigener Initiative Informationen über die Vorgänge und Verhältnisse in den Verwaltungsstellen des Gaus zu erteilen sowie die notwendigen Revisionen der Verwaltungsstellen auszuführen.“ So umschreibt das Verbandsstatut die Aufgabe der Gauvorsteher. In der Praxis ist ihr Tätigkeitsgebiet weit vielfältiger. Die Gauvorsteher sind die Vertreter des Vorstandes und die Repräsentanten des Verbandes in ihrem Gebiet, zugleich sind sie aber auch die Vertrauensmänner der Verwaltungsstellen und der Mitglieder. Dieses Vertrauensverhältnis erstreckt sich nicht nur auf die eigentlichen Verbandsangelegenheiten. In sehr zahlreichen Fällen wenden sich die Kollegen mit den verschiedenartigsten Anliegen an ihren Gauvorsteher, der immer zu Rat und Hilfe bereit ist.

Bei der Gründung unseres Verbandes im Jahre 1893 waren Gauvorsteher nicht vorgesehen. Aber bald danach wurden in manchen größeren Städten Agitationskommissionen gewählt, die sich neben der Ortsverwaltung der Werbearbeit zu widmen hatten, und die ihren räumlichen Wirkungskreis allmählich erweiterten. Auf dem Verbandstag in Söttingen 1898 wurde beschlossen, das ganze Reichsgebiet in 25 Gauen zu teilen. Die Vorsitzenden der Gauvorstände erhielten die Bezeichnung „Gauvorsteher“ und versahen ihre Funktion ehrenamtlich. Von den 25 Gauvorstehern, die damals eingesetzt wurden, sind heute nur noch wenige im Dienste des Verbandes. Zu ihnen gehört der Kollege Lorenz Stein in Nürnberg.

Mit der Freistellung wurde einige Jahre später begonnen; zum 1. Januar 1901 wurden die Kollegen August Hartung in Düsseldorf, Franz Stufche in Berlin und Gustav Beder in Hannover als besoldete Gauvorsteher angestellt. Diese Anstellung war ein Versuch, der sich aber so bewährte, daß der Verbandstag in Mainz 1902 den Vorstand ermächtigte, dort, wo es ihm notwendig erschiene, Gauvorsteher anzustellen und nötigenfalls zu dem Zwecke Gauen zusammenzulegen. Diesem Auftrage kam der Vorstand nach. Im Jahre 1902 wurde die Zahl der Gauen auf 20 reduziert und für vier weitere Gauen wurde die Stelle des Gauvorstehers zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Wahl fiel auf Karl Grügner für Danzig, Karl Dietrich für Breslau, August Thielemann für Chemnitz und Ernst Bauer für Magdeburg. Diese vier Kollegen wurden mit Beginn des Jahres 1903 an den Sitz des Vorstandsvorstandes nach Stuttgart berufen, wo sie sich zunächst mit den Einrichtungen des Verbandes und dem Geschäftsgang im Verbandsbureau vertraut machten. Am Schlusse dieses Jahres wurden auch die drei bereits im Amte befindlichen Gauvorsteher nach Stuttgart berufen. Hier fand dann am 17. und 18. Januar 1903 die erste Gauvorsteherkonferenz unseres Verbandes statt. Das Ergebnis ihrer Tätigkeit war der „Arbeitsplan für die besoldeten Gauvorsteher“, der so weitsehend durchberaten wurde, daß er seinen Wert auch noch heute besitzt.

Mit der Anstellung besoldeter Gauvorsteher wurde bald fortgefahren. Am 1. Januar 1904 erfolgte die Anstellung in Frankfurt a. M., Erfurt und Stuttgart; ein Jahr später erhielten die Gauen Dresden, München und Nürnberg be-

soldete Gauvorsteher, wobei auf die seither ehrenamtlich tätigen Kollegen zurückgegriffen wurde. Außerdem wurde auch je ein besoldeter Gauvorsteher für die Gauen Hamburg und Stettin angestellt. Im Zusammenhang mit dieser Anstellung ging die Zusammenlegung der Zahl der Gauen auf 15, die nun je von einem besoldeten Gauvorsteher geleitet wurden. Diese Einstellung ist seither beibehalten worden. Im Laufe der Zeit wurde in den meisten Gauen noch ein zweiter Gauvorsteher angestellt. Zurzeit hat der Verband in 15 Gauen insgesamt 28 besoldete Gauvorsteher.

In der Person der Gauvorsteher sind im Laufe der Zeit mancherlei Änderungen eingetreten. Eine Anzahl von ihnen ist gestorben, einige haben außerhalb des Verbandes andere Stellen angenommen. Jetzt treten zwei unserer Gauvorsteher in den wohlverdienten Ruhestand. Ernst Bauer in Magdeburg und Lorenz Stein in Nürnberg haben ihr 66. Lebensjahr vollendet. Ihre Kräfte lassen nach, die Beschwerden des Alters machen sich bemerkbar. Das hat sie bewogen, ihr Amt jüngeren Kräften anzuvertrauen. Ernst Bauer scheidet nach 25jähriger Dienstzeit als Gauvorsteher aus. Lorenz Stein hat das Amt als Gauvorsteher fast 30 Jahre lang verwaltet, davon die ersten sechs Jahre

ehrenamtlich. Beide haben ein langes Lebensalter hindurch ihre Kraft für den Verband eingesetzt. Selbstverständlich beginnt die Verbands-tätigkeit eines Gauvorstehers nicht mit dem Antritt dieses Amtes. Für solch verantwortungsvolle Stelle kann nur ein Kollege in Betracht kommen, der sich in langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit bewährt hat. So haben wir es bei den ausscheidenden Gauvorstehern mit zwei Kollegen zu tun, die seit Jahrzehnten für den Verband gewirkt haben und in seinem Dienst alt geworden sind. Nach vollbrachter Arbeit sei ihnen die Ruhe gegönnt. — Von der Wert-

schätzung, deren sich die scheidenden Gauvorsteher bei den Kollegen in ihren Gauen erfreuen, zeugen mehrere bei der Redaktion eingegangene Abschiedsgrüße, von deren Veröffentlichung wir abssehen müssen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch des Kollegen August Thielemann gedacht, der, nächst August Hartung der älteste Gauvorsteher, auf eine 25jährige Dienstzeit in diesem Amte zurückblickt. Da geziemt es, auch an dieser Stelle an die sehr wertvollen Dienste zu erinnern, die August Thielemann dem Verband geleistet hat. Er hat es bei Beginn seiner Amtszeit nicht leicht gehabt, aber er hat sich durchgesetzt. Der Sitz des Vorstandes, der ursprünglich in Chemnitz war, ist seit langem nach Leipzig verlegt. In allen Orten seines ausgedehnten Gaus erfreut sich der Gauvorsteher allgemeiner Beliebtheit, und im Rate der Konferenzen hört man auf August Thielemanns Wort, man weiß, daß er immer etwas Beachtenswertes zu sagen hat. Wir beglückwünschen den Kollegen Thielemann zu seinem Dienstjubiläum, wir beglückwünschen aber auch unseren Verband zu seinen Gauvorstehern. Das ist eine alte Garde, erfahren in allen Zweigen der Gewerkschaftstätigkeit. Stets dienstbereit und auf dem Posten, bilden sie gewissermaßen das Rückgrat des Verbandes. Die Einrichtung des Instituts der Gauvorsteher hat sich bewährt. Der Verband hat auch das Glück gehabt, stets die richtigen Männer an dem Gauvorsteherposten zu haben. Hoffen wir, daß es immer so bleibt.



Ernst Bauer



Lorenz Stein



August Thielemann

Mitteilungen des Vorstandes.

Reichskonferenz für Stodarbeiter.

Der Vorstandsvorstand beruft für Sonntag, den 22. Januar 1928, Vertreter der Stodarbeiter zu einer Reichskonferenz nach Rassel zusammen.

Die Branchenkollegen werden aufgefordert, sich in Beratungen mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und eventuell Anträge bis spätestens 7. Januar beim Vorstandsvorstand einzureichen.

Die mit einer Vertretung beauftragten Branchenorte erhalten nach Wahl des Delegierten weitere Mitteilung.
Der Vorstandsvorstand.

Mit Lehmanns Zahlen Nummer 11
des 33. Monatsheftes fällig

Die verfolgte Unschuld.

Als verfolgte Unschuld wird in der „Holzindustrie“ vom 19. Dezember der Syndikus Reuhoff vom Verein Thüringischer Holzindustriellen vorgestellt. Sein Kollege Walter Dreßler, der jetzt zum ersten Male mit seinem Namen hervortritt, widmet sich mit großem Eifer der Wohrwärde. Es handelt sich um das famose Urteil des Arbeitsgerichts Mühlhausen vom 5. Oktober 1927, das wir in Nr. 46 und dann noch einmal als Erwiderung auf einen Artikel in der „Holzindustrie“ in Nr. 49 besprochen haben. Herr Dreßler jagt von seinem Freunde Reuhoff, daß er weder im Verfahren vor dem Arbeitsgericht Mühlhausen tätig war, noch daß er die Entgegnung in der „Holzindustrie“ geschrieben habe. Das letztere nehmen wir zur Kenntnis, aber warum denn die Beteiligung von Reuhoff an dem Verfahren vor dem Arbeitsgericht leugnen? In dem Urteil des Arbeitsgerichts in Sachen der Firma Bernhard Schneider zu Mühlhausen in Thüringen, wird

als deren Prozeßbevollmächtigter genannt: Syndikus Wilhelm Reuhoff und Walter Dreßler in Weimar, Fürstenaue, am Bahnhof. Der Verantwortliche dieser Firma ist der Meister Reuhoff, auch dann, wenn er sich einmal von seinem Gesellen Dreßler vertreten läßt.

Als Verteidiger der Unschuld nimmt dieser auch gleich den Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes unter seine Fittiche. Anscheinend will der Arbeitgeberverband die Verantwortung für die Streiche der Firma Reuhoff und Dreßler nicht tragen. Das würde ihn ehren. Besser wäre es aber, er würde es deutlicher sagen. Die Verteidigung durch Herrn Dreßler wirkt etwas anrüchlich.

Für seine Behauptung, daß Unorganisierte keinen Anspruch auf den Tariflohn haben, bezeichnet Herr Dreßler jetzt seine Quelle richtig. Dadurch ist es möglich, der Sache nachzugehen. Der Reichsarbeitsminister hat am 31. Mai 1921 auf eine im Reichstage gestellte Frage eine Antwort gegeben, in der es heißt: „... Jedoch kann aus dieser Aufgabe der Betriebsvertretungen nicht der Schluß gezogen werden, daß Arbeitnehmern, die überhaupt keinem Verbands- oder einem am Tarifvertrag nicht beteiligten Verbands angehören, Ansprüche aus diesem Tarifvertrage zustehen, sofern dieser nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden ist.“ Unorganisierte haben also keinen Anspruch auf den Vertragslohn; wichtig ist dabei auch die Feststellung, daß Arbeiter, die einem am Tarifvertrag nicht beteiligten Verbands angehören, keine Ansprüche, also folgerichtig auch keine Pflichten aus dem Tarifvertrag haben. Darauf werden wir gelegentlich noch zurückkommen.

Hier handelt es sich um etwas anderes. Der Unternehmer Schneider ist Mitglied des Vereins Thüringischer Holzindustriellen, der mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband im Vertragsverhältnis steht. Der Syndikus des Unternehmerverbandes führt die Sache eines Mitgliedes, das erklärt, jeden Arbeiter zu entlassen, der den Tariflohn fordert. Der Syndikus des Industriellenverbandes vertritt vor Gericht die Ansicht, daß sein Mitglied berechtigt sei, jeden Arbeiter, der dem Deutschen Holzarbeiter-Verband beiträgt, sofort zu entlassen. Er verlangt vom Gericht nicht nur die Abweisung der Forderung auf den Vertragslohn, sondern auch die Abweisung der Forderung auf Ferien, obwohl die klagenden Arbeiter schon mehrere Jahre bei dem Musterunternehmer beschäftigt waren. Das begründet der ehrenwerte Syndikus folgendermaßen: Die Arbeiter können erst von dem Tage an als in den Tarifvertrag eingetreten betrachtet werden, an dem der Unternehmer erfuhr, daß sie dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angehören. Da er sie dann sofort entließ, haben sie die Wartezeit für die Ferien nicht erfüllt und auf solche keinen Anspruch.

Ob diese Deduktion, der das Arbeitsgericht Mühlhausen gefolgt ist, juristisch einwandfrei ist, lassen wir dahingestellt, von sozialem Geist verrät sie keine Spur. „Nicht der Buchstabe soll herrschen, sondern Sinn und Zweck des Gesetzes“, so sagte der Senatspräsident Dr. Degg bei der Eröffnung des Reichsarbeitsgerichts. Nach Mühlhausen ist die Kunde davon anscheinend noch nicht gedrungen.

Neben der Feststellung dieser Tatsache war es uns darum zu tun, den Verein Thüringischer Holzindustriellen als Vertragspartner und seinen Syndikus mit dessen eigenartiger Einstellung zur Vertragsstreue festzunageln. Wenn Herr Walter Dreßler den Anspruch erhebt, auch bei dieser Gelegenheit seinen Platz neben Herrn Reuhoff einzunehmen, dann soll ihm das nicht gewehrt werden.

Streit in den Flugzeugwerken Heintel in Warnemünde.

In Warnemünde befindet sich die Arbeiterschaft der Heintel-Werke seit dem 7. Dezember im Streit. Der Spitzenlohn beträgt in diesem Betriebe 97 Pf. Die Arbeiter forderten eine Zulage von 10 Pf., die Firma wollte aber nur 3 Pf. bewilligen. Da eine friedliche Verständigung nicht möglich war, kam es zur Arbeitseinstellung. In Frage kommen etwa 180 Arbeiter, darunter 40 Holzarbeiter.

Der Tarifvertrag für die Berliner Musikinstrumentenindustrie allgemeinverbindlich.

Nach längerer tarifloser Zeit ist am 18. Juli 1927 für die Berliner Musikinstrumentenindustrie ein Manteltarifvertrag abgeschlossen worden, der bis zum 30. Juni 1929 gilt. Das am gleichen Tage abgeschlossene Lohnabkommen kann mit 14tägiger Frist erstmalig zum 26. Februar 1928 gekündigt werden. Manteltarifvertrag wie Lohnabkommen sind nunmehr für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 10. November. — Für den Bereich des Manteltarifvertrages für das Berliner Holzgewerbe tritt auf Grund des geltenden Lohnabkommens am 1. Januar eine Erhöhung der bestehenden Stundenlöhne um 3 Pf. in Kraft. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt gleichzeitig auf 1,23 M.



Holzindustrie



Einschnitt in Deutschland oder Polen?

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die Unternehmerrzeitung „Das Holz“ mit der Frage jener Sägewerksbesitzer, die in den letzten Monaten große Mengen polnisches Rundholz gekauft haben, und die sich nun darüber nicht klar sind, ob es vorteilhafter ist, das Rundholz nach Deutschland zu holen und hier einzuschneiden, oder den Einschnitt in Polen machen zu lassen und das Schnittholz einzuführen. „Das Holz“ hat sich eine Kalkulation für den Einschnitt in Bydgoszcz (Bromberg) und in Schneidemühl aufgestellt, da in diesen beiden Städten die polnische Ware hauptsächlich eingeschritten wird. Die Kalkulation sieht so aus:

Kalkulation des Einschnitts von Rundholz in Polen und in Deutschland.

Einschnitt von 1 Festmeter in Bydgoszcz.	
Fracht für das Rundholz von Stolpce bis Bydgoszcz	8,03 Mt.
Schneidelohn einschl. Verladung	7,50 "
Fracht für das Schnittholz von Bydgoszcz bis Grenze Kaczory (½ Ausnutzung)	2,04 "
Deutscher Einfuhrzoll für Schnittholz	6,— "
Zusammen 25,07 Mt.	

Einschnitt von 1 Festmeter in Schneidemühl.	
Fracht für das Rundholz von Stolpce bis Grenze Kaczory	9,40 Mt.
Polnischer Ausfuhrzoll	1,88 "
Polnische Manipulationsabgabe Ujencia Celna ..	0,47 "
Fracht bis Schneidemühl und deutscher Rundholzeinfuhrzoll	2,90 "
Schneidelohn und Verladung	9,— "
Zusammen 23,65 Mt.	

Aus dieser Kalkulation geht hervor, daß sich der Einschnitt in Deutschland billiger stellt als in Polen. „Das Holz“ bemerkt noch dazu: „Wenn es sich um Blöde handelt, so würde obige Kalkulation maßgebend sein, dagegen ist ein Einschnitt von Langholz in Deutschland noch insofern günstiger, als der Verkauf des geringeren Materials und der Nebenprodukte, wie z. B. Schwarten, in Deutschland vorteilhafter ist, während man in Polen dieses überhaupt nicht oder wenigstens sehr schwer los wird.“ Der Einschnitt von Langholz ist in Deutschland also wesentlich billiger als in Polen. Von ganz besonderem Interesse für uns ist die Höhe des Schneidelohns einschließlich des Verladelehns in der Kalkulation. Für Polen sind dafür 7,50 Mt. eingesetzt und für Deutschland 9 Mt., das ist eine Differenz von 1,50 Mt. oder 16 2/3 Prozent. Die oft gehörte Unternehmerbehauptung, daß der deutsche Sägerlohn etwa 100 Prozent höher sei als der polnische, kann also nicht stimmen. Entweder besteht zwischen den Sägerlöhnen in Deutschland und Polen eine viel kleinere Differenz, oder aber der deutsche Säger ist dem polnischen in bezug auf die Leistungsfähigkeit weit überlegen.

Die Kalkulation ist auch in anderer Hinsicht sehr lehrreich, so zum Beispiel für die Behandlung der Zollfrage. Aber darauf wollen wir im Augenblick nicht eingehen. Zu wünschen ist nur, daß die Unternehmer den Rat ihrer Zeitung beherzigen und ihr polnisches Holz in Deutschland einschneiden lassen.

Aus der sächsischen Holzberufsgenossenschaft.

Der Verwaltungsbericht der sächsischen Holzberufsgenossenschaft für das Jahr 1926 zeichnet sich durch seine Kürze aus. Der Textteil besteht fast ausschließlich aus einem Klagekate über die neuen Gesetze und Verordnungen, welche „eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge fast über die Grenzen der Leistungsfähigkeit“ bedingten. Vergleiche mit der Beitragsleistung in der Vorkriegszeit sind leider nicht gezogen. Solche Vergleiche ergeben mitunter die Tatsache, daß heute weniger an Beiträgen gezahlt wird als früher. Daß die Beiträge schlecht eingingen, ist bei der schlechten Geschäftslage im Berichtsjahr verständlich. Darunter haben die Arbeiter aber noch schwerer gelitten als die Unternehmer. Ist doch die Zahl der Dollarbeiter gegenüber 1925 von 47 622 auf 37 304 zurückgegangen, das ist um 21 Prozent.

Die Unfallhäufigkeit hat eine starke Steigerung erfahren. Die Zahl der gemeldeten Unfälle stieg von 2224 auf 2508, die der entschädigungspflichtigen von 288 auf 410. Die Zahl der tödlichen Unfälle ist von 13 auf 8 zurückgegangen. Auf 1000 Dollarbeiter kamen 67,23 gemeldete und 10,99 entschädigungspflichtige Unfälle. Über die Unfallursachen sagt der Bericht, daß sie nur zu einem ganz geringen Teil auf Lässigkeit der Unternehmer zurückzuführen waren, viel häufiger auf die Lässigkeit der Versicherten. Diese zeigte sich in Unachtsamkeit und Unachtsamkeit, teilweise auch Unkenntnis der Gefahr, Handeln wider erhaltene Anweisung, Nichtbenutzung gebotener Schutzmittel und Spielerei.“ Dem wird hinzugefügt, daß häufiger Arbeiterwechsel und Hochkonjunktur und dadurch hervorgerufene Einstellung ungeübter Arbeiter selbstverständlich nicht zu beobachten waren.

Wir haben schon öfters betont, daß wir den Berufsgenossenschaften als Organisationen der Unternehmer mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen. Die Voreingenommenheit der Organe der Berufsgenossenschaft für die Unternehmer und gegen die Arbeiter kommt aber selten so deutlich zum Ausdruck wie in diesem Bericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften. Von den 5754 Betrieben sind nur 650 revidiert worden. In diesen Betrieben mußten aber 1818 Anordnungen getroffen werden. Davon betrafen nicht weniger als 327 die fehlende Rückschlagicherung an der Dickenhobelmaschine, in 101 Fällen mußte der Spaltkeil an der Kreissäge angebracht oder geändert werden. In 96 Fällen fehlte die Bedeckung des nichtbenutzten Teiles der Messerspalte an der Abriechmaschine, sogar die runde Messerwelle an der Abriechmaschine mußte noch in 3 Fällen gefordert werden. Trotz alledem sagt der Bericht, daß die Unfälle nur zu einem ganz geringen Teil auf die Lässigkeit der Unternehmer zurückzuführen waren!

Von den 410 entschädigungspflichtigen Unfällen ist ein verhältnismäßig recht hoher Anteil, nämlich 202, durch Maschinen verursacht. Da sollte man doch mit dem Lobe der Unternehmer etwas zurückhaltender sein. Es liegt uns natürlich fern, die Arbeiter als die Unschuldigen zu betrachten. Wir halten es im Gegenteil für durchaus notwendig, die Arbeiter immer und immer wieder an ihre Pflicht zu mahnen, die Unfallverhütungsvorschriften peinlich zu beachten. Aber die in dem Bericht beliebte Gegenüberstellung der lässigen Arbeiter und der braven Unternehmer verrät einen beachtenswerten Mangel an Objektivität, zumal diesen braven Unternehmern eine solche Menge von Unterlassungssünden nachgesagt werden muß.

Häufiger Arbeiterwechsel und dadurch hervorgerufene Einstellung ungeübter Arbeiter hat der technische Aufsichtsdienst nicht beobachtet. Da scheint doch ein Mangel an Beobachtungsgabe vorzuliegen. Die Entlassung geübter und die Einstellung ungeübter, aber billigerer Arbeitskräfte ist gerade in Krisenzeiten eine nicht sehr seltene Erscheinung. Daß so etwas auch in der sächsischen Holzindustrie vorgekommen sein dürfte, kann man aus dem Bericht den Arbeitern nachgesagten Ungeschicklichkeit und Unkenntnis der Gefahr schließen.

Nur zweimal ist bei der Betriebsbesichtigung die Beschäftigung von Arbeitern unter 17 Jahren an gefährlichen Maschinen konstatiert worden. Tatsächlich sind diese Fälle viel häufiger; sind doch unter den Schwerverletzten neben 12 Frauen auch 9 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren verzeichnet. In einer Tischlerei, so heißt es in dem Bericht, wurde ein 16jähriger Lehrling an einer Kreissäge arbeitend betroffen, die er entgegen dem ausdrücklichen Verbot seines Meisters selbst in Gang gesetzt hatte. Das hat der Meister dem Aufsichtsbeamten gesagt, und dieser hat es geglaubt und in seinem Bericht geschrieben. Für den Unfallschutz wäre es besser, wenn der Aufsichtsbeamte weniger leichtgläubig wäre.

Weder von den Unternehmern noch von den Versicherten sind Vorschläge für Abänderung der Unfallverhütungsvorschriften gemacht worden. Das erscheint glaubhaft. Auf Grund von Mitteilungen aus den Kreisen unserer sächsischen Kollegen möchten wir den Beamten des technischen Aufsichtsdienstes anheimgen, etwas engere Fühlung mit den Arbeitern an den Holzbearbeitungsmaschinen zu suchen. Bei anderen Berufsgenossenschaften besteht ein, zum Teil sogar recht lebhafter, persönlicher Verkehr zwischen den technischen Aufsichtsbeamten und den Arbeitern, und insbesondere den Vertrauensmännern der Maschinenarbeiter. Nicht zum Nachteil des Unfallschutzes. Auch in Sachsen würde sich ein solcher Verkehr als recht nützlich erweisen.

Reichsverband des deutschen Bürsten- und Pinselmacher-Handwerks.

Der Verband selbständiger deutscher Bürsten- und Pinselmacher und ihrer Innungen hat auf seinem vor einiger Zeit in Köln abgehaltenen Verbandstag beschlossen, sich einen neuen Namen zu geben, und zwar nennt er sich jetzt: Reichsverband des deutschen Bürsten- und Pinselmacher-Handwerks. Sonst aber ist alles beim alten geblieben; in den Reihen der Bürstenmachermeister herrscht nach wie vor eine muffige Luft. Die Bürstenmacher-Innung Leipzig hatte beantragt: „1. Daß im Einvernehmen mit den bestehenden Branchenorganisationen zunächst einheitliche Direktiven in bezug auf Lohn- und Feriengewährung ausgearbeitet werden und die Vorgenannten sich schließlich zusammenschließen zur Schaffung eines Reichsunter- und Lohntarifs, 2. Fühlung zu nehmen mit dem Reichsverband deutscher Bürstenfabriken, Freiburg i. Br., zur Schaffung eines einheitlichen Reichsverbandes für die gesamte Industrie und das Gewerbe des Bürstenmacherhandwerks.“

Aber die Erledigung dieses Antrages meldet der Innungsbericht folgendes: „Picardt (Leipzig) begründet den Antrag und wünscht wenigstens einen Manteltarif für ganz Deutschland. Aleas (Hamburg) lehnt entschieden einen allgemeinen Lohn tarif ab. Die Kollegen in Hamburg machen ihren Lohn tarif mit den Unternehmern selbst. Falkenberg (Hamburg) ist gleichfalls nur für örtliche Verhandlungen. Rauff

(Dresden) würde einen Lohn tarif sehr begrüßen, da in Dresden alle Arbeiter organisiert sind. Topp (Frankfurt a. M.) lehnt einen Tarif ab, obgleich auch dort hohe Löhne gezahlt werden. Ein Tarif ist nicht angebracht, da die wirtschaftlichen Verhältnisse in den verschiedenen Gegenden verschieden sind. Köhler (Berlin) und Bormann (Breslau) halten die Aufstellung eines einheitlichen Tarifs zurzeit nicht für durchführbar. Jede Innung soll sich eine Lohnkommission bilden. Denvas (Ohligs) spricht sich für einen Tarif aus, damit die Schundlohnkonturrenz beseitigt wird.“ — Mit dieser Aussprache wird der Antrag Leipzig als erledigt angesehen.

Kennzeichnend für den Geist in diesem Verbands ist noch folgender Vorgang. Auf der Tagesordnung stand u. a. die „Beranstellung eines Preisausschreibens für die Anschaffung einer Stanzmaschine für den Handbetrieb“. Während Herr Bormann (Breslau) diesen Vorschlag begrüßte, führte Herr Schmidt (Nürnberg) aus: „Die Herstellung einer solchen Maschine muß verhindert werden, da die Beschaffung derselben für den kleinen Handwerker doch nicht möglich sein und die Maschine nur den Weg ins Ausland finden und hier zur Konkurrenz unseres Handwerks werden würde.“

Die Mehrheit der Bürstenmachermeister scheint sich dieser Auffassung angeschlossen zu haben, denn der Vorschlag fand keine Annahme. Die Bürstenmachermeister werden nur dann zeitgemäß denken und handeln lernen, wenn sie dazu gezwungen werden. Hier haben die Bürstenarbeiter noch eine große Erziehungsarbeit zu leisten.

Aus der österreichischen Klavierindustrie.

Nach einer Meldung der „Österreichischen Holzindustrie“ gibt es heute in Österreich 60 Klavierfabriken mit etwa 800 Beschäftigten. 1926 rechnete man allgemein mit 42 Betrieben und 1000 Arbeitern. Welche Zahl der Wahrheit näher kommt, läßt sich von hier nicht sagen. Noch widersprechender als die Zahlen der Beschäftigten sind die über die Produktion. Setzt man die Jahresproduktion auf 7000 bis 8000 Instrumente an. Auf 100 Arbeiter sind das 900 bis 1000 Klaviere. 1926 kamen auf 100 Arbeiter 500 Instrumente. Das kann stimmen, die Zahlen für 1927 dagegen sind eine glatte Unmöglichkeit. Die „Deutsche Instrumenten-Zeitung“ veröffentlichte im November 1926 eine Übersicht über die Pianoindustrie der Welt, nach der in Deutschland 16 000 Arbeiter etwa 100 000 Instrumente herstellen, auf 100 Arbeiter sind das 625. Daß die österreichischen Arbeiter und Betriebe leistungsfähiger sind als die deutschen, ist ausgeschlossen. Die Annahme des Gewährsmannes der „Österreichischen Holzindustrie“, daß die österreichische Klavierindustrie ihre Jahresproduktion leicht auf 10 000 Stück steigern könnte, ist eitle Phantasie. Nach der gleichen Quelle sind 1925 7813 und 1926 7564 Klaviere ausgeführt worden. Danach wären alle in Österreich hergestellten Instrumente, ja noch einige mehr, ausgeführt worden. Auch hier scheint etwas nicht zu stimmen.

Zutreffend an der Meldung der österreichischen Unternehmerrzeitung ist lediglich die Feststellung, daß die österreichische Klavierindustrie national und international nicht mehr die Bedeutung hat, die sie vor 1914 hatte. Heute beschäftigt sie nicht nur viel weniger Arbeiter als früher, von den 800 sind gegenwärtig auch noch etwa 10 Prozent arbeitslos. Die schlechte Geschäftslage wird darauf zurückgeführt, daß der Inlandabsatz infolge der schwachen Kaufkraft der Bevölkerung stockt und das Auslandsgeschäft durch die hohen Einfuhrzölle der meisten Staaten stark erschwert wird. Eine weitere Ursache ist die Qualitätsverschlechterung der österreichischen Klaviere. Darüber heißt es in der erwähnten Unternehmerrzeitung: „In der Inflationszeit sind Klavierfabriken entstanden, die „Instrumente“ erzeugten und in die damals leicht verdienenden Massen hineinpumpten, die den guten Ruf des österreichischen Klavierbauers zu zerstören drohten, wohin natürlich auch solche Schundfabrikate gelangten und sogar Boykotte österreichischer Klaviere in Holland und in der Türkei zur Folge hatten.“

Wagenbauerschule Meissen.

Die Technische Lehranstalt Meissen besteht schon seit einer Reihe von Jahren und umfaßte bisher Abteilungen für Maschinenbau, Keramik, Elektrotechnik, Bauwesen usw. In neuerer Zeit wurde ihr eine Abteilung für Automobil-, Karosserie und Wagenbau angegliedert, die am 1. April 1927 eröffnet wurde. Die Schule erfreut sich einer stattlichen Schülerzahl aus allen Teilen Deutschlands. Ihnen werden hier die praktischen und theoretischen Kenntnisse vermittelt, die sie später als Techniker, Werkmeister, Meister und Kastenmacher oder als selbständige Leiter eines Betriebes verwenden können. Der Schule ist eine Lehrwerkstatt für Wagen- und Karosseriebau sowie eine für Automobilbau angegliedert. Ferner ist jedem Schüler Gelegenheit gegeben, die Fahrerprüfung abzulegen. Die Schule, die bisher in der Gewerbeschule untergebracht war, befindet sich jetzt in eigenen Räumen, die am 14. Oktober eingeweiht wurden.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Italien — Rußland.

Die Stellung der Gewerkschaften im faschistischen Italien hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der Stellung der Gewerkschaften im kommunistischen Rußland. In beiden Ländern herrscht politisch die Diktatur. Die herrschende Partei duldet keine Meinungsfreiheit, und jede Opposition wird barbarisch verfolgt und unterdrückt. In Rußland sowohl wie in Italien stehen die Gewerkschaften in enger Beziehung zur Staatsgewalt, die sich ihrer bedient, um die Arbeiter nicht nur geistig im Sinne der herrschenden Macht zu beeinflussen, sondern sie auch direkt in den Dienst der Gewalt zu stellen. In Rußland ist die Zwangsmitgliedschaft in den Gewerkschaften aufgehoben, aber im Reich der Diktatur hat man Mittel, die „freie Entschließung“ in die gewünschten Bahnen zu leiten. Die staatlichen Funktionen, die den Gewerkschaften übertragen sind, lassen es wünschenswert erscheinen, die Arbeiter in den Gewerkschaften zusammenzufassen. Da finden sich auch die geeigneten Methoden, welche die Überzeugungskraft der gewerkschaftlichen Werber unwiderstehlich machen.

Im faschistischen Italien hat man die alte Gewerkschaftsbewegung totgeschlagen. Die Gewerkschaftsführer hat man grausam mißhandelt oder auch wohl ermordet. Ihre Bureaus wurden demoliert und vernichtet, wenn sie nicht von den Faschisten einfach annektiert wurden. Was von den Gewerkschaften übriggeblieben ist, kann nur illegal existieren, und die Leitung der italienischen Gewerkschaftsbewegung hat im Ausland, in Paris, ein Asyl gefunden. Eigentlich ist es für die Gewerkschaftsbewegung in der übrigen Welt beleidigend, von faschistischen „Gewerkschaften“ zu sprechen, man muß aber mangels einer sonst gebräuchlichen Bezeichnung diesen Ausdruck benutzen.

Wo zwischen den sogenannten Gewerkschaften und der diktatorischen Regierung so enge Beziehungen bestehen wie in Rußland und in Italien, ist auch die Stellung der Gewerkschaftsbeamten eine ganz andere als in den Ländern, wo die Gewerkschaftsführer von dem Vertrauen der Mitglieder getragen sein müssen, um ihr Amt bekleiden zu können. In Rußland sowohl wie in Italien sind die Gewerkschaftsführer Vertrauensmänner der Regierung. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob sie von der Regierung angestellt werden und ihre Gehälter aus den Regierungskassen beziehen, oder ob man den Mitgliedern ein scheinbares Wahlrecht einräumt und es den sogenannten Führern überläßt, sich aus den Gewerkschaftskassen besolden zu lassen, die dann entsprechend subventioniert werden. Solch ein System muß notwendig zur Korruption führen, wie wir es gegenwärtig in Deutschland bei den Gelben sehen.

Diese gelben Herrschaften leben von den Subventionen der Industriellen, und das ermöglicht es ihnen, im Geldausgeben großzügig zu sein. Zwischen dem Korrupten und dem ehrlichen Arbeiter steht die Schere der Einkünfte. Beide ehrenwerte Herren sind deutschnationale Abgeordnete, und wenn sie, wie angekündigt, ihre schmutzige Wäsche vor Gericht waschen, dann dürften bei dieser Prozedur nicht gerade angenehme Düfte aufsteigen.

In Italien hat das Treiben der faschistischen sogenannten Gewerkschaftsführer sogar in der faschistischen Öffentlichkeit Anstoß erregt. Ein ehemals angesehenes Mailänder Blatt, das jetzt, wie die gesamte Presse in Italien, faschistisch ist, der „Corriere della Sera“, hat kürzlich einen Aufsehen erregenden Artikel über Gewerkschaften und deren Tätigkeit veröffentlicht. Der bei aller Zurückhaltung doch recht deutlich ist. Er wirft der faschistischen Gewerkschaftsbewegung vor, daß sie hauptsächlich dazu diene, Bureaus zu schaffen und Schreibkräfte und Stenotypisten zu züchten sowie den Führern, Leitern und Sekretären hohe Gehälter zu sichern. Da die Organisationen keine offiziellen Bilanzen veröffentlichen, weiß man von ihnen nur, daß ihre zahlreichen Führer mit einer Freigebigkeit der Redlichkeit in der öffentlichen Verwaltung. Diese Andeutungen werden von Kennern der Verhältnisse mit Einzelheiten belegt, auf die wir hier nicht näher eingehen.

Auch die Gewerkschaften in Rußland haben einen sehr schlechten Bewusstseinsstand. Auch hier beginnt man mit der öffentlichen Kritik und mit Versuchen, die Sache ein wenig tragbar zu machen. So meldet der „Trud“ vom 1. Dezember 1927, daß das Zentralkomitee der Lederarbeiter den nachgeordneten Gewerkschaftsangehörigen vorgeschrieben habe, im Jahre 1928 die Ausgaben um 15 Prozent einzusparen. Weiterhin heißt es, daß die Gewerkschaften von nicht mehr als 50 bis 200 Arbeitern anwesend, wobei ihre Bureaufunktionäre die Arbeit mangelhaft und ehrenamtlich verrichten sollen.

Aus dieser Randgebung ist zu schließen, daß auch schon in Rußland Versuche der Gewerkschaften bestanden haben, den Besoldungen natürlich einen verhältnismäßig großen Teil der Gewerkschaften in Anspruch nehmen muß. Die

erwähnte Meldung läßt erkennen, daß man auf diesem Gebiet zu sanfteren beginnt. Eigenartig ist allerdings die Form, in der rationalisiert wird. Wenn das Zentralkomitee einer Gewerkschaft derartige Dinge vorschreibt, dann hat es offenbar eine sehr weitgehende diktatorische Gewalt. Im Lande der Diktatur ist das allerdings nicht weiter auffällig. Diktatur und Gewerkschaftsbewegung sind aber Begriffe, die nicht miteinander harmonieren. Eine gesunde Gewerkschaftsbewegung kann nur auf dem Boden der Demokratie gedeihen. Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland und die faschistische Gewerkschaftsbewegung in Italien, die beide auf dem Prinzip der Diktatur beruhen, haben eine gewisse innere Verwandtschaft, aber von der Gewerkschaftsbewegung in der übrigen Welt, die demokratisch aufgebaut ist, unterscheiden sich die Bewegungen in beiden Ländern wesentlich und nicht zu ihrem Vorteil.

Um den Achttundentag in der Schwerindustrie.

In der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie haben sich die Dinge so entwickelt, wie es uns schwer voraussagen war. Die Vertreter der Parteien, die den Schiedsprotokoll vom 15. Dezember ablehnten, wurden zu den üblichen Vorverhandlungen nach Berlin berufen. Diese Verhandlungen brachten natürlich keine Annäherung. Der Reichsarbeitsminister hat darauf am 20. Dezember die Schiedsprüche für verbindlich erklärt.

Was nun? In einer großen Funktionärerversammlung der beteiligten freien Gewerkschaften am 22. Dezember in Essen wurde der Schiedspruch unter Protest zur Kenntnis genommen. Die Konferenzteilnehmer verpflichteten sich, für weitgehende Aufklärung zu sorgen, um den berechtigten Forderungen in Zukunft den größten Nachdruck zu verschaffen. In der Entschließung wird es zum Schluß als selbstverständlich bezeichnet, daß nur den anerkannten Forderungen der freien Gewerkschaften Folge zu leisten ist.

Damit haben die berufenen Vertreter der Arbeiter den Rat der kommunistischen Presse zurückgewiesen, die mit lautem Geschrei verlangte, daß die Arbeiter trotz der Verbindlichkeitsklärung am 1. Januar den Streik beginnen sollen. Daß bei dieser Gelegenheit wieder gegen die „reformistischen Gewerkschaftsführer“ der Vorwurf des Verrats erhoben wurde, ist selbstverständlich. Dieser Vorwurf wird dort so oft erhoben, ist diesem hysterischen Geschrei keinerlei Bedeutung beizumessen ist. Die Gewerkschaften können von jener Seite keine Ratsschläge annehmen, denn die Ziele, die von den Gewerkschaften verfolgt werden, sind ganz andere als die der kommunistischen Partei.

Die kommunistische Partei hat den Traum von der Weltrevolution noch nicht ausgeträumt. Wie einst der selbige Jaf so bläht bei jedem Vorkampf die Hydra der Revolution ins Feuer, um den Brand zu immer größerem Umfang zu entfachen. Aus dem wirtschaftlichen Kampf mit begrenzten wirtschaftlichen Zielen wird, wenn es gelingt, die großen Massen in Bewegung zu bringen, der politische Kampf, der sich, wenn man ihn weitertreibt, zu der ersehnten Weltrevolution auswächst, welche die kommunistische Diktatur zum Ziele führt — auch nicht. Diese kommunistische Taktik ist ein wichtiger Faktor in der Kalkulation der faschistischen Reaktion, und die Erfahrung lehrt, man braucht nur an Ungarn, an Italien, an Bayern zu denken, daß die Reaktion richtig kalkuliert.

Die Gewerkschaften rechnen nüchtern mit den realen Tatsachen. Ihre Aufgabe ist es, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben und zu bessern. Ohne die weiten gesteckten Ziele aus dem Auge zu verlieren, gehen sie ihren Weg Schritt für Schritt. Jahrzehntelange Erfahrungen haben bestätigt, daß ihre Taktik richtig ist. Die auf den Führern der Gewerkschaften lastende Verantwortung zwingt sie, die geltenden Gesetze zu beachten, gleichviel ob wir sie für gut halten oder nicht.

Hinsichtlich der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen ist die Rechtslage so, daß es den Gewerkschaften verwehrt ist, entgegen dem Schiedspruch einen Kampf aufzunehmen. Geschieht es dennoch, dann kann der betroffene Unternehmer von der Gewerkschaft und deren Funktionären Schadenersatz verlangen. Das heißt praktisch, die Kassen der betroffenen Gewerkschaften für die Unternehmern überantworten. Formell gelten diese Bestimmungen in gleicher Weise gegen die Unternehmer wie gegen die Arbeiter, in der Praxis haben es aber die Unternehmer leicht, ohne besonderes Risiko der Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches ein Schnippchen zu schlagen. Das ist eine Rechtslage, die wir als ungerecht empfinden, die wir bekämpfen. Aber bei der Entscheidung über zu ergreifende Maßnahmen muß sie wohl oder übel beachtet werden.

Über die Zweckmäßigkeit der Rechtslage, die es gestattet, einen Schiedspruch für verbindlich zu erklären, sind die Meinungen geteilt. Die Unternehmer verlangen die Beseitigung der fraglichen gesetzlichen Bestimmungen, weil sie sich stark genug fühlen, ihren Willen auch so zur Durchführung zu bringen. Der gleichen Auffassung ist man auch in den gut

fundierten Gewerkschaften. Aber bei den Schritten zur Veränderung eines gesetzlichen Zustandes muß man auf die Verhältnisse der Gesamtheit Rücksicht nehmen. Eine Aktion zur Beseitigung des Zwangstarifs wird zurzeit von den Gewerkschaften nicht geplant.

Die Bewegung in der Schwerindustrie wäre wahrscheinlich ganz anders verlaufen, wenn die Arbeiter organisiert gewesen wären. Nichts ist besser geeignet, dem Übermut der Unternehmer Dämpfer aufzusetzen, als eine starke Gewerkschaft. Das ist die wichtigste Lehre aus den jüngsten Vorgängen in der Schwerindustrie. Ziehen die beteiligten Arbeiter aus dieser Lehre die notwendigen Konsequenzen, dann werden künftige Auseinandersetzungen ein besseres Ergebnis zeitigen.

Ein Protest der Bauarbeiter.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat, wie wir berichtet haben, eine vom 2. Dezember datierte Verordnung erlassen, nach welcher die Wartezeit zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung für Saisonarbeiter vom 12. Dezember an auf 2 bzw. 3 Wochen verlängert wird. Diese Bestimmung wird auch auf die Bauarbeiter angewendet und von ihnen als eine unerträgliche Härte empfunden. Um Abhilfe zu schaffen, hat sich der Vorstand des Bauwerksbundes gemeinsam mit den Vorständen der Verbände der Zimmerer, der Maler, der Dachdecker und des christlichen Bauarbeiterverbandes mit einer Eingabe an den Präsidenten der Reichsanstalt gewendet. Die Verbände bitten um eine Nachprüfung der Verordnung, deren Bestimmungen eine ungeheure Härte bedeuten, die unmöglich aufrechterhalten werden kann.

Internationales Jugendbildungsprogramm.

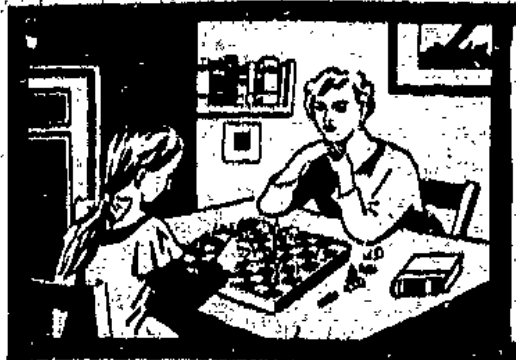
Der Internationale Gewerkschaftsbund, die Sozialistische Arbeiter-Internationale und die Sozialistische Jugend-Internationale erheben zum Schutze der arbeitenden Jugend folgende Mindestforderungen:

1. Verbot der Erwerbsarbeit der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre.
2. Elementarschulpflicht bis zum Beginn der Zulässigkeit der Erwerbsarbeit.
3. Öffnung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts (Berufsschule) bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.
4. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Angestellten auf das Alter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.
5. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden, einschließlich des Fachunterrichts und der Zeit, die für Aufklärung und sonntäglichen Nachunterricht verwendet werden können.
6. Begründung der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabendmittag oder Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche.
7. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.
8. Mindestens drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche einschließlich der Lehrlinge unter 16 Jahren und zwei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche einschließlich der Lehrlinge zwischen 16 und 18 Jahren.
9. Fürsorge-, Unterstützungs- und Ausbildungsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche.
10. Regelung der Berufsausbildung unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften.

Die den internationalen Organisationen angeschlossenen Landesorganisationen werden angefordert, folgende Maßnahmen zur Propagierung und Durchführung dieser Forderungen einzuleiten:

1. Aufstellung eines Mindestprogramms der sozialistischen Arbeiter- und Jugendbewegung auf der Grundlage der aufgestellten Forderungen.
2. Einbeziehung dieses Programms in die Propaganda und Sozialpolitik der Gewerkschaften.
3. Öffentliche Propagierung der Forderungen durch die Arbeiterpresse, durch Versammlungen und Kundgebungen und eventuell durch Heranziehung und Zusammenfassung der an der Jugendwohlfahrt interessierten sonstigen Bevölkerungskreise und Organisationen.
4. Gleichlaufende Aktionen der sozialistischen Parlamentsfraktionen durch Einbringung von entsprechenden Gesetzesentwürfen, besonders auch für Ratifizierung der internationalen Übereinkommen über: a) Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit, b) Nachtarbeit der Jugendlichen, c) Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit auf See, d) Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen zur Beschäftigung als Trimmer oder Heizer, e) obligatorische ärztliche Untersuchung der in der Schifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen, f) Mindestalter für die Zulassung der Kinder zur Arbeit in der Landwirtschaft.
5. Förderung der Vorschläge des Internationalen Arbeitsamtes über den Schutz der Jugendlichen gegen Bleivergiftung, Nachtarbeit der Kinder und Jugendlichen in der Landwirtschaft und betreffend die Förderung des beruflichen Unterrichts in der Landwirtschaft.

Unterhaltung und Wissen



Mein Freund, der Landstreicher.

Eine erlebte Neujahrs-geschichte. Von Kurt Offenburg.

Das vorstürmliche Gebimmel einer Kleinbahn kreist in die weiße Stille der weiten Landschaft. Das Zuglein — eine winzige Lokomotive und drei Wagen dahinter — hält vor dem klapprigen Bahnhofshaus der letzten Station, die in die breit hingelagerten Tafelberge der Schwäbischen Alb vordringt; in jene Berge, die über mächtige Ebenen den Gürtel der weißen Wälder und auf ihrem Rücken die lang hingezogenen niederen Häuser der Bergdörfer tragen.

Aus den drei Wagenklassen — die die bürgerliche Rangordnung auch in dieser abseitigen weißen Erhabenheit ver sinnbildlichen — steigen nur wenige Leute: ein wohlgenährter Geistlicher mit roten Wangen; eine blasse Honoratiorenfrau mit Einkaufsbeutel und einem Samtkapott aus einer verschollenen Modeära; zwei dralle Fabrikarbeiterinnen, die mit forschem Schritt heimwärts eilen; ein Arbeiter mit Schafstiefeln, Pfeife im Mund und einem schwer gepackten Rucksack; dann, als letzter, ein großer grauhaariger Geselle mit einem breitrandigen, verwegenen Hut, eingehüllt in einen lange getragenen gelbgrauen Wodenmantel, Nagelschuhe an den riesigen Füßen.



und flößt dem Jungen den scharfen Trunk in kleinen Schlucken ein.

Die Dame und der Pfarrer steigen in ein Wägelchen, das vor dem Stationsgebäude wartet; die Mädchen sind rasch in einem Seitenweg verschwunden; nur die beiden Männer beschreiten die verhasste und mit frischem Schnee leicht überwehte Landstraße.

Bald ist der Lange mit dem graulockigen Spitzbart voran. Er wirft den Kopf, der frei und kühn auf den mageren Schultern sitzt, mutwillig wie ein Füllen nach allen Seiten, trinkt mit neugierigen weiten Augen die helle Bläue, die in die weißen Berglöcher hineinweht, die zwerghaften Gestalten der verschneiten Föhren, die funkelnde Schneelast auf den Dächern der fernen Dörfer; die keusche und erlösende Unendlichkeit des Winters.

Der häuerliche Arbeiter steht sich nicht um. Er tragt den gewohnten Weg, der ihn alltäglich vom Sägewerk im Tal hinauf zu den Seinen führt, mit der Sicherheit und Gleichgültigkeit der Gewohnheit.

So gehen sie, der Lange immer voran, bis er den Blicken enteilt und um eine Wegbiegung verschwindet.

Aber als der Arbeiter die Biegung erreicht, da steht er den Grauen am Rande des Weges hocken, über ein Bündel gebeugt. Und als er näher tritt, erkennt er, daß hier ein junger Bursche erfroren oder eingeschlafen daliegt. Der Fremde hat den Jungen aufgerichtet und schwingt langsam die Arme im sanftesten Kreis. Dann reißt er ihm die Stirn und die kindlichen Wangen mit gleichmäßigen Strichen, bis ihm das Blut in das blasse Gesicht strömt und er regelmäßig atmet. Mit raschem Dank nimmt der Lange das Fläschchen mit Kognak, das der Sägewerker aus seinem Rucksack geholt hat, und flößt dem Jungen den scharfen Trunk in kleinen Schlucken ein.

Der schlägt rasch die Augen auf, lacht verlegen; aber da er sich erheben will, taumelt er zurück. Die beiden Männer sehen sich mit einem Blick des Einverständnisses an.

„Nichts im Magen, leunen wir“, sagt der Lange leise.

Der ältere Arbeiter, der schweigend dabeisteht, nimmt ein Stück Stollen aus dem Rucksack.

„Los, Mensch, beiß ein!“ muntert er auf. „Das gibt Wärme und Blut. Und trink noch einen Schluck.“

Der Junge wird munterer. „Es war mir ein wenig eckig zumute. Da habe ich mich hingesezt und bin wohl eingeschlafen.“

„Kommst aus der Bude?“ fragt der Lange mit einem künstlich munteren Ton.

„Nein. Ich bin arbeitslos. War bei meinem Onkel auf der Alb, der auch Schreiner ist.“ Aber es sei nichts gewesen. Der Onkel war in die Stadt gefahren nach Arbeit, und die Frau, die eine ganz respektable Landwirtschaft habe, sei müffig gewesen, obgleich er sie sicher nicht arm gegessen habe. So sei er weggegangen. Und er sagt nachdenklich: „Vielleicht hätte ich doch in der Stadt bleiben sollen. Da gibt es immer eher einma! Gelegenheitsarbeit.“

Der vogabundenhafte Lange henkelt den Jungen bei sich ein und fragt den Älteren: „Weißt du kein Wirtshaus in der Nähe?“

„Drei Minuten von hier.“

Sie führen den jungen Menschen, der bleich und verban in seinem viel zu dünnen Regenmantel hängt, bis zum Dorfwirtshaus.

Indessen sinkt die frühere Dämmerung des letzten Tages im Jahr.

Die düstere Wirtsstube empfängt einsam, aber mit freundlicher Wärme die drei Männer.

„Drei Schnäpse, Frau Wirtin, und etwas zu essen. Wir sind Winterfrischler!“ Und er wendet sich zu dem Arbeiter: „Ich mache Ferien. Habe für dieses Jahr genug geschuftet. Will mir mal die Schwäbische Alb bei Tag betrachten.“

Eine elektrische Birne erglüht über dem weiß geschuerten Tisch. Die Männer setzen sich an.

Der häuerliche Arbeiter nimmt die Milze ob und kraukt seinen kurzgeschorenen Kopf. „Ich müßte heimwärts. Habe noch über eine Stunde zu gehen. Die Alte und die Kinder freuen sich.“

„Prost Bruder!“ sagt der Lange. „Ein'n Schnaps und ein Speckbrot wirst du wieder einholen können. Unser eins braucht am Silvester nicht zu laufen, daß er nach Hause kommt.“

„Hast keine Familie?“

„Kein Kind und kein Kind!... Weiß der Teufel, es sind vielleicht dreißig Jahre, daß ich in aller Welt herumziehe und keinen Feiertagsklimbim mehr gehabt habe. Nur einmal in Rom, lange vor dem Krieg und vor Mussolini, war ich im Petersdom und habe die Engelsknaben in der Sigtina gehört.“

„Unsere singen nicht wie Engel, aber brillen können sie.“ Der junge Mensch seufzt leise. „Bei mir lebte der Vater noch voriges Neujahr.“

Mit einem plötzlichen Entschluß erhebt sich der Arbeiter: „Fackelt nicht lang und kommt mit nach Hause, Kameraden. Die Alte laßt Kaffee, und einen Neujahrspunsch gibt es auch.“

„All right“, sagt der Lange. „Das Baby da kann ein Familienleben gebrauchen. Hel — Frau Wirtin, ich zahle.“ Langsam Schrittes steigen die Männer bergaufwärts, kommen endlich ins Dorf.

Ein mageres Frauchen öffnet die niedere Haustür und reißt die Augen weit auf, als sie im Licht der klaren Nacht die drei Männer statt einem einzigen vor sich sieht.

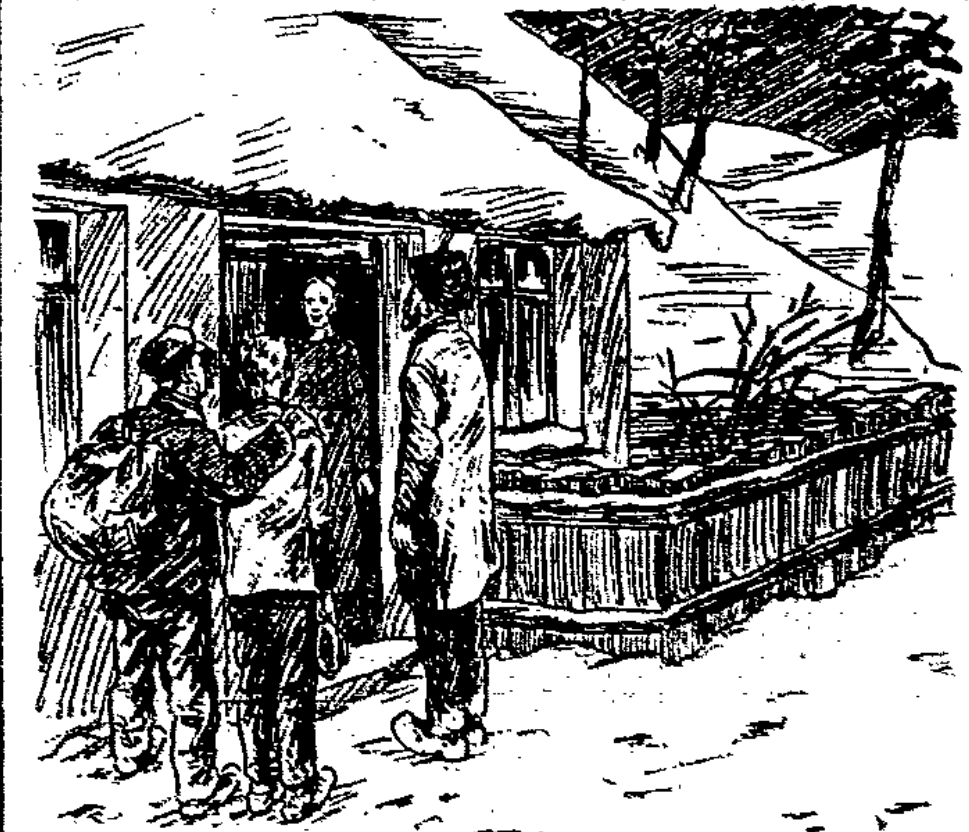
„Besuch, Frau!“ Und sie treten in den Hausgang, auf dessen linker Seite eine Tür in Stall und Heuschuppen führt, rechts der Eingang zur Stube ist.

Wattes Licht von beruhigender Wärme erhellt die Stube, Kinderstimmen schallen fröhlich, eine behagliche Fensterbank, ein kariertes Tisch Tuch, mit Kaffeetaschen gedeckt.

Bald sitzen sie alle bei Kaffee und Kuchen, bei Most- und Speck.

Der Lange unterhält die ganze Gesellschaft. Die Kinder sitzen auf seinen Knien, und sie sehen ängstlich und entzückt auf die Schattenbilder, die er mit seinen langen dünnen Uhrmacherfingern auf die weiß gegippte Wand wirft: Schiffe, Palmen, Löwen und Kasperlepuppen. Aber seine Gedanken schweifen in allen Ländern verbrachtes Leben in der Spanne weniger Minuten durch sein Gedächtnis rast, feuchten sich unbemerkt seine Augen. Nur einen kurzen Augenblick ist er voll schwerer Nachdenklichkeit, dann verzicht er spöttisch den schmalen Mund, lacht auf und läßt die Kinder von den Knien rutschen.

Als dann das kleine Tannenbäumchen, dessen Kerzen von Weihnachtskerzen her noch nicht abgebrannt waren, in seinem Lichtgefunkel dastand, guckten die fremden Männer erstaunt seinen seltsamen Schmuck an. Ein roter Stern glänzte auf der Spitze der Tanne, und der Sägewerker hatte als Krippe allerlei merkwürdige Figuren dazu geschnitzt. Da



Besuch, Frau!

war das Jesuskindlein in armseligen Lappen, die Mutter Maria gleich einer häuerlichen Heiligen, aber die drei Weisen aus dem Morgenland hatten Arbeitermittel an und trugen kleine rote Fahnen in ihren hölzernen Händen.

„Genosse!“ sagte der Grauhaarige und reichte dem Gastgeber die Hand über den Tisch. „Ich bin Feinmechaniker, Uhrmacher; ein Kerl ohne Sigsfleisch, jahraus, jahrein unterbreitete er, während die Kinder aufhorchten, das Märchen seines wilden Lebens aus.“

„In Holstein bin ich geboren, mit 17 Jahren dem strengen Vater aus der Uhrmacherwerkstatt davongelaufen. Ich brauchte Freiheit. Heimlich verdingte ich mich auf eine Dreimasterboot als Leichtmatrose. Lebe wohl, Europa! Wie eine Möwe durchsegelten wir den Atlantik, von Nord nach Süd — im Sturm herum das bissige Kap Horn. Dann Chile: Salpeterstadt Iquique. Sind braune Mädchen an Land. Ich desertiere von Bord. Das Geld wird alle — und die braune Liebe wird alle. Mein Schiff ist fort.“ — Später, hinter Wut und Hunger, wird er Koch auf einem britischen



Und alle drei erheben die Gläser auf eine bessere Zukunft.

Fischdampfer, Setzer auf einem Dyantamp, lernt alle Gebilde kennen, lebt in Nordamerika, dann in Westindien und Mexiko. Später ist er als Vagabund durch Europa gestippelt. „Erst bin ich ein Bettler. Dann male ich hunte Ansichtskarten. Dann singe ich in Wirtshäusern selbstgedichtete Seemannslieder in fünf oder sechs Sprachen. Und helles Geld klinkert silbern im breitrandigen Stalbenhute. Lustiges, freies Bagantenleben — heute hier, morgen dort!“

Seine Stimme wurde dunkel, und die Sätze fielen schwer in die abendliche Stube, als er sagte: „Wo aber mündet das lustige, freie Leben? Wo bleibt der Sinn des menschlichen Seins? In der Lust der Arbeit! Ich lerne arbeiten. Ich arbeite in der Fabrik, im Bergwerk, beim Bauern und bei den Holzfällern.“ — Und schließlich fand er sich wieder zur Uhrmacherei zurück. Er meinte, Arbeit sei Glück, wenn auch die Mengen, die dem Armen davon zugemessen werden, oft reichlich seien und ihm den Appetit verdürben. Und lachend, wie um das eben Gesagte auszulöschen, erzählt er, daß er nirgends lange ausgehalten habe. Zwei, drei, höchstens sechs Wochen an einer Stelle. Kurz vor dem Krieg war er zu den Eltern zurückgekehrt und hatte dem altersschwachen Vater in der heruntergekommenen Werkstatt geholfen. „Dreißig Jahre bin ich alt — und ich weiß noch immer nicht, zu was ich eigentlich lebe — — Da kommt der Krieg!“ Und der Lange erzählt weiter, wie man ihn ins Irrenhaus gesteckt habe, weil er keine Waffen nahm, nicht auf Menschen schoß. — „Freunde! — was immer ich suchte, das fand ich: ich fand mein eigenes Herz! Und ich bin ein Stürmer bei Stürmern — wir läuten ein: Die neue Zeit!“

Und er erhebt sich, stößt mit dem Genossen an. „Das Leben ist schön — es lebe die Freiheit!“

Die Bindung der Menschen in der Stube wurde enger. Die Knaben lauschen dem unverständlichen Märchen und bringen wie zum Zeichen ihres Vertrauens das Spielzeug — Gänse, Kühe, Wagen und Häuschen — das der Vater ihnen zu Weihnachten geschnitzt hatte. Dann wollen sie selbst etwas zur Unterhaltung beitragen, bringen Nüsse zum Spiel und bekommen immer röttere Wangen und immer heißer und milder blickende Augen.

Als es aber am lustigsten ist, steht der Arbeiter auf, tritt leise an die Uhr, zieht die Gewichte hoch, stellt die Zeiger, die auf 10 Uhr weisen, auf 2 Minuten vor 12. In langsamem Atemholen schlägt die Uhr „Mitternacht“, und die Kinder schreien „Prost Neujahr!“ und toben und tanzen in der Stube und werden unter großem Gallo von der Mutter in die Oberstube zu Bett gebracht.

Nun sitzen die Großen allein. „Sie sollen gesunde Menschen werden und ihren pünktlichen Schlaf haben“, sagt der Arbeiter. „Das Vergnügen ist ebenso groß, als wenn sie jetzt zwei Stunden länger wach wären. Punsch bekämen und sich den Magen an Fläble verdürben.“ Dann erhebt er sich und stellt die Uhr wieder richtig.

Und sie führen ernste politische Gespräche; der wilde Lange glaubt, wie schon sein Wesen ist, an die Wirkung des revolutionären Moments; der Sägewerker aber meint sicher und gelassen, daß die ökonomische Entwicklung und der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse allein durch das eigene sichere, gewaltige Gewicht zum Siege führen müsse.

Und alle Drei heben die Gläser zu einer besseren Zukunft.

Da beginnt plötzlich der Junge zu sprechen: „Ich weiß so wenig von Politik und was in der Welt vorgeht. Erst in Stuttgart bin ich in den Verband eingetreten. Vater war verbittert, sprach fast nichts zu Hause mit mir, trotzdem wir zusammenhielten. Aus dem Krieg kam er mit schwerem Asthma. Er konnte nicht mehr zur Arbeit gehen. Wir zogen in ein Schwarzwaldsdorf und machten Heimarbeit. Eine Weile ging es ihm besser. Wir liebten Spielzeugschachteln und malten sie an. Aber ich war zu jung, wir hatten auch kein Vieh und kein Land, nur Stube und Werkstatt. Als es mit ihm schlimmer wurde, da hat er den ganzen Tag gestöhnt vor Angst, zu ersticken. Ich konnte kaum mehr fort. Dann starb er doch. Das bißchen Hausrat hat ein Bettler in der Stadt geholt, so kam ich nach Stuttgart und wohnte bei ihm. Aber ich hatte doch keinen Menschen, habe niemals einen Schatz gehabt. Ich schaffe in einer Möbelfabrik und hatte Pech. Raum zwei Monate war ich in der Bude, da stolperte einer und schüttelte mir einen vollen Beintübel über den Fuß. Der Kollege konnte nichts dazu. Aber als ich aus dem Spital kam, war die Konjunktur flau. Ich konnte nicht unterkommen. So probierte ich es auf der Alb. Aber es war eine Dummheit, ich hätte doch in der Stadt bleiben sollen. Weil der Fuß noch so empfindlich ist, habe ich mich auch in der Kälte hingeseht...“

„Hast es nicht leicht“, sagt der Lange. „Ich glaube, ich kann dir eine Stelle besorgen. Bin bei der großen Uhrenfabrik in Dingsda schon 6 Wochen in Arbeit gewesen. Die haben auch eine Maschinenschreinerei für die Gehäuse. Eigentlich wollte ich in den Sack hauen und weitergehen. Dir zuliebe aber werde ich es aufschreiben. Ein Säuleben, wenn man nicht zusammenhielt. Das müssen wir erst noch richtig von der bürgerlichen Seite lernen.“

Und der Landstreicher führt das Gespräch ins Allgemeine und Heitere. Sie singen alte Lieder, und die Ziehharmonika tritt in Funktion. Schließlich fängt der graue Fremde die Verse zu sprechen an, die er auf seinen Fahnen durch die Welt geschmiedet hat. Die Worte dröhnen durch den kleinen Raum und füllen die Stube mit dem Rhythmus der Kraft und der Erlösung.

„Stemmt die Welt aus den Fugen — Und nickt sie neu. Hebt die Sterne vom Himmel — Und setzt sie den Menschen ins Hirn.“

Im Dorf fangen die Glocken an, die Neujahrschwende einzuläuten...

Menschen, auf der Landstraße zusammengeweht, aber verbunden in der Schwere des Daseins und im tiefen Gefühl brüderlicher Zusammengehörigkeit, trinken sie den schwachen Bunsch, als ob es feurriger Burgunderwein wäre.

Bücher und Zeitschriften

Alle nachstehend angelegten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H., Berlin SO 16, Am Köllischen Park 2, bezogen werden.

Das **Hobellied vom Holz**. Das Holz in der Kultur aller Zeiten und Völker. Von Dr. Alfred Marquard. Verlag Heinrich Finf, Stuttgart, Eugenstraße 3. Preis in Weinen gebunden 10 Mk. — Die Holzwirtschaft findet in der Öffentlichkeit nicht die Beachtung, die sie verdient. Man hält sie in jeder Hinsicht für einen ganz unbedeutenden Zweig der deutschen Wirtschaft. Sehr zu Unrecht. Die Holzwirtschaft ist ein wichtiges Glied unseres Wirtschaftslebens, sowohl in kultureller und volkswirtschaftlicher Beziehung als auch in Bezug auf die Zahl der Betriebe und beschäftigten Personen. Die Geringschätzung der Holzwirtschaft rührt daher, daß die große Öffentlichkeit von ihr so wenig weiß, was seine Ursache darin hat, daß es über die Holzwirtschaft so gut wie keine populäre Literatur gibt. Dr. Marquard will diesen Mangel durch die Herausgabe seines „**Ausgewählter Handbuches der Holzkunde**“ mit beseitigen helfen. Das Buch bringt dem Kundigen in der Holzwirtschaft nicht viel Neues, aber für das große Publikum ist es ein recht belehrendes Werk. Dr. Marquard schreibt anschaulich und objektiv, an einigen Stellen aber zeigt er den Syndikus eines Unternehmerverbandes. In dem Kapitel über die Lage der Sägewerksindustrie im Jahre 1927 schreibt er an einer Stelle: „Die Belastung der Produktion ist heute durch Steuern, Soziallasten, Löhne wohl 200 Prozent höher als früher.“ Das „wohl“ soll doch wohl bedeuten, ich, Dr. Marquard, glaube das ja selbst nicht, aber die Unternehmer hören eine solche Behauptung gern. Auch an einer anderen Stelle ist von der „hohen sozialen Belastung“ die Rede. Was sollen diese unbewiesenen Behauptungen in diesem für das große Publikum bestimmten Buche? Dadurch erhält es den Charakter einer Tendenzschrift.

Taylorisierung, Rationalisierung der Sägewerksindustrie. Ihre Auswirkung auf Holzproduktion, Handel und Arbeiter. Mit Tabellen und graphischen Darstellungen von Leopold U. H. Verlag Hermann Costenoble, Jena. Preis 1,75 Mk. — Das Ziel, das der Verfasser verfolgt, ist: Produktionsteigerung und beste wirtschaftliche Ausnutzung des Rundholzes. Aber über die empfohlenen Mittel und Wege läßt sich streiten. Als das Wichtigste nennt er die „Rationalisierung der Arbeit“. In Anlehnung an Taylor und Ford fordert U. H. die Trennung von geistiger und physischer (körperlicher) Arbeit. Der Unternehmer mit seinen Anstellungen bestimmt, und die Arbeiter haben willenlos zu gehorchen. Der Arbeiter hört auf, Mensch zu sein, er ist ein Teil der Maschine. U. H. hat die Arbeitsvorgänge in Sägewerksbetrieben mehrjährig studiert, von der Arbeit selbst und der Bedeutung des denkenden Arbeiters im Betrieb hat er aber keine Ahnung. Würde er davon, dann würde er nicht fordern, daß der Arbeiter zum Maschinenteil gemacht wird, sondern seine Heranziehung zur Mitarbeit am technischen und arbeitsorganisatorischen Ausbau des Betriebes. Gegen die technischen Vorschläge läßt sich nicht viel sagen, ihre Verwirklichung bedeutet im allgemeinen einen Fortschritt.

Einführung in die Volkswirtschaft. Unter diesem Titel erscheinen im Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart, vier Bücher vom Prof. Dr. Robert Wilbrandt. Band I behandelt: Die Ent-

wicklung der Volkswirtschaftslehre. 188 Seiten. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3,50 Mk. Band II behandelt: Die Geschichte der Volkswirtschaft. 146 Seiten. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3,50 Mk. Band III behandelt: Die Theorie der Volkswirtschaft. 228 Seiten. Preis broschiert 4,25 Mk., gebunden 5,80 Mk. Band IV behandelt: Das Problem der Volkswirtschaftspolitik. 184 Seiten. Preis broschiert 3,75 Mk., gebunden 5,20 Mk. — Prof. Wilbrandt ist ein auch in der Arbeiterbewegung bestens bekannter Volkswirtschaftler. Sein neues Werk verdient wegen seines Inhalts und der populären Sprache ganz besonders die Aufmerksamkeit des nach volkswirtschaftlichem Wissen ringenden Arbeiters. Während die ersten Bände mehr Geschichtliches enthalten, prüft und entscheidet Prof. Wilbrandt im IV. Band die Frage, ob und wie die Volkswirtschaft ihre Aufgabe als beratende Wissenschaft erfüllen könne und wie ihr praktisches Bemühen sich zu gestalten habe: 1. Die Aufgabe einer Philosophie der Wirtschaft. 2. Die Aufgabe einer Soziologie der Wirtschaft. 3. Die Idee einer wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik. 4. Die Idee einer wissenschaftlichen Sozialpolitik. Das sind die ersten Abschnitte, in welche der Band sich einteilt. An ihm zeigt sich die meisterliche Kunst des Verfassers, plastisch und verständlich darzustellen. Ausführliche Literaturhinweise und ein reiches, sorgfältig ausgearbeitetes Namen- und Sachregister erhöhen die Brauchbarkeit dieses in bestem Sinne allgemeinverständlichen Werkes.

Ludwig Anzengruber: Der Schachgräber und andere Humoresken. Verlag Buchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Ganzleinen 1,50 Mk., 282 Seiten. — Die vorliegende Auswahl aus Anzengrubers humoristischen Erzählungen läßt die Eigenart des Volksdichters deutlich erkennen. In den Geschichten dieses geschmackvoll ausgestatteten und billigen Buches offenbart sich auch die Kampferatur Anzengrubers, der in ehrlichem Gefühl jederzeit gegen Unbill, Unrecht, Heuchelei, Lüge und soziales Unrecht auftrat. Der heranreifenden Jugend ist dieses Buch ganz besonders zu empfehlen.

Fruchtbarkeit und Vermehrung. Von Prof. Dr. Heinrich Schmidt (Haedel-Schmidt). 1. Buchheftgabe der „Urania“. 88 Seiten mit 38 Abbildungen. Urania-Verlags-Gesellschaft, Jena. Preis broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk. — Professor Schmidt, der bekannte Direktor des Ernst-Haedel-Museums in Jena, behandelt sein Thema in recht anschaulicher Weise. Besonders Interesse verdient sein Nachweis, daß der Geburtenrückgang ein irdengeschichtlicher Vorgang ist, der überall da eintritt, wo eine Höherentwicklung in Frage kommt. Das zeigt sich, wie an zahlreichen, höchst interessanten Beispielen erläutert und illustriert wird, sowohl im Pflanzen- und Tierreich, aber auch beim Menschen.

Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. Das neue Heft enthält unter anderem folgende Aufsätze: Baumbilder von Hermann Dressler; Jungfernlüche Jugend, von Prof. Julius Schögel; Vom Roh Eisen zum Stahl von B. Kottsch; Die Revolution der stählernen Welt von Julius Eisenstädter. — Die „Urania“ kostet vierteljährlich: Ausgabe A 1,60 Mk., Ausgabe B 2,25 Mk. Probehefte durch die Urania-Verlags-Gesellschaft in Jena.

Le Traducteur, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Allen, die bereits Vorkenntnisse in der französischen Sprache besitzen, ihr Wissen aber auf unterhaltensame und zugleich bildende Weise vervollkommen wollen, wird die Zeitschrift von großem Nutzen sein. Probeheft kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Sticht. Holzmaschinenarbeiter auf Sperrholzmädel für Formant und doppelte Abstützungen ist gef. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Beschäftigung an **Hausner Möbelfabrik, Aktien-Ges., Husum.**

Mechanische Tischlermeister. 18-tägige, stellt ein Fritz Pfeiffer, Möbel-, Angermünde, Berl. Tor 14.

Engl. Bildhauer-Werkzeuge verlangen Sie sofort neue Preise. Tischler-Werkzeug-Neuheiten. **Otto Bergmann, Berlin-Lichtenfelde-Weid.**

Alles zur Laubsägerei Reichhaltig Holzbrand, liefert 32 Jahre, Magdalen (Hof). Preisliste gratis und franco. **Verbandsmitglieder! Schließt zur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge Hamburg 5.**

Wie empfehlen: Die Intorfia Ihre technische und künstlerische Ausbildung und Ausübung von A. Weinsheimer, Intorfaktor, Berlin 76. **Preis: 4 Mark**

Die Intorfia Ihre technische und künstlerische Ausbildung und Ausübung von A. Weinsheimer, Intorfaktor, Berlin 76. **Preis: 4 Mark**

Die Meisterprüfung im Tischlergewerbe Ein Hand- und Lehrbuch in Frage u. Antwort zum Gebrauch an Hand- und Maschinenlehre für Bau-, Kunst- und Möbelfachler. Eine erschöpfende Abhandlung aller bei der Meisterprüfung in Frage kommenden Gebiete mit besonderer Berücksichtigung der Kalkulation von E. Kleinert, Fachschuldirektor u. Tischlermeister in Wittenburg a. S. Preis gebunden 5 Mk. in Ganzl. geb. 7 Mk. **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllischen Park 2**

Tischlerschule Blankenburg am Harz Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

Wann geht die Arbeit weiter, Bauarbeiter-Prüfung nach Keller. Wenn er heißt seinen guten Gehirne bis jetzt und wird deshalb auch von Sportlehrern, Jägern, Rednern und von Allen, die bei der Arbeit nicht ranher können, mit Vorliebe benutzt. Seit mehr als 100 Jahren heißt die **Prüfung des Bauarbeiters** in **Blankenburg** diesen **ausgezeichneten Bauarbeiter-Prüfung**. **Wann geht die Arbeit weiter?**

EIN NEUER SCHLAGER!
Fünzfzehn neue Küchen
Ausgeführt dargestellt auf einseitig bedruckten Tafeln, als Katalog gefasst. Von M. P. Hans Herzer. Preis 5 Mk.
Für Mitglieder des Verbandes nur 4 Mk.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO 16, Am Köllischen Park 2

Um den vielfachen Anfragen zu begegnen, biete ich hiermit an:
Sportschiffchen
Esche, gebogen, prima Qualität, 100 120 140 160 cm Holzlänge
1,60 2.- 2,30 2,60 Mk. pro Paar ab Lager geg. Nachnahme. Zum Versand gelangt nur beste, ausgesuchte, astreine Ware. Lieferung sofort. Preise für Ringelkufen und Schneeschuhe auf Anfrage. **M. Walther, Dresden-N. 22, Reichenauer Str. 33.**

FUNKTIONAR TASCHEN
als Zeltingstaschen, Mäglichkeits- und Notentaschen sowie Handtaschen, Sporttaschen und Mäntelchen empfohlen.
Merkel & Co., Meissen, Kirchbergstraße 41. Langjährige Lieferanten der besten Gewerkschaften. — Funktionen werden ganz zur Verfügung gestellt.

Photo
Apparate
Fehr-leichte
Zahlungsweise
Preisliste kostenfrei
Dresden
Kamera-Vertrieb
Dresden-Alte
Spezialhaus für Fotografie

Heim- u. Furnieröfen
fertig als Spezialität (Preis gratis)
Gebr. Böttlinger, Freiberg, I. I.
Hobellänke
In Qualität, B.H. beste geg. Roth. Fliesen, stütz. Größ. 2 m lg. 75 Mk. Kauf Kamin, Pilsna, Gartenstr. 4.

Zigaretten
ein feiner Genuß
Zeronth 5 Pf.
Thadmor 4 Pf.
Arbeitersportler 4 Pf.
IM KONSUMVEREIN

Kollegen!
Eine schwere Hobellänke, Blatt und Gestell, gedämpfte Buche, 2 Meter lang, mit Stahlschindel, Schub, saub. Bankhaken und deutschen Zangen, süddeutsche Art, 88 Mk. inkl. Verpackung. Katalog 20 Pf. Bauhütten-Betriebs-Verband Schlesien, Liegnitz, Gleiwitzer Straße 1.

Borbildliche Vorlagen Schlafzimmer- und Küchennöbel
Von W. Schliebener, Architekt
Durch Befügung des Ergänzungskataloges kostet das Werk für Verbandsmitglieder von jetzt an 9 Mk. Einzeln werden die Teile nicht mehr verkauft.
6 Schlafzimmer und 6 Küchen, ausgeführt dargestellt auf 12 einseitig bedruckten Blättern. In feinstem Ausdrucks, als Katalog gefasst. Außerdem 40 Tafeln Ausführungszeichnungen der einzelnen Möbel mit Auf- und Grundrissen und Vorschlägen für die innere Einrichtung der Räume, im Maßstab von 1:10 Detailschnitte in halber natürlicher Größe.
Preis auf in schöner folierter Mappe 12 Mark
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H., Berlin SO 16